

17/1/5
R.P.F.
Okt. 1978

Ja



Rheinland-Pfalz-Programm.

Unser Weg in eine sichere Zukunft.

CDU



Rheinland-Pfalz- Programm

**Unser Weg
in eine sichere
Zukunft**

CDU

Rheinland-Pfalz-Programm

Unser Weg in eine sichere Zukunft

I. Lebendige Demokratie – handlungsfähiger Staat

II. Arbeit haben bedeutet mehr als Geld verdienen

III. Soziale Gerechtigkeit – Hilfen im Alltag

	Seite
Unser Land hat Zukunft	9
Politische Eigenständigkeit wahren	11
Kulturelle Vielfalt erhalten	12
Den Freiraum kommunaler Selbstverwaltung schützen und erweitern	14
Für einen handlungsfähigen Staat	15
Die Sicherheit der Bürger garantieren	16
Den Bürgern wirksam zu ihrem Recht verhelfen	19
Konsequente Strukturpolitik bleibt der Weg, die Wirtschaft des Landes zu stärken	22
Unser Verkehrsnetz verbindet europäische Zentren	23
Alle Möglichkeiten zum Abbau der Arbeitslosigkeit nutzen	25
Chancen für die junge Generation	26
Aktive Energievorsorge betreiben	27
Der Mittelstand, ein dynamischer Faktor der Wirtschaft unseres Landes	28
Das Leistungsangebot des Fremdenverkehrs steigern	29
Die Entwicklung des ländlichen Raumes geht weiter	30
Die wirtschaftliche Stellung der Landwirtschaft festigen	31
Umweltschutz ist Investition in unsere Zukunft	34
Die Familie schützen und stärken	36
Unabhängigkeit und Hilfe im Alter	40
Behinderten helfen	41
Mitmenschliche Hilfe organisieren: Sozialstationen	43
Ein bedarfsgerechtes und leistungsfähiges Gesundheitswesen	44
Wirksame Gefahrenabwehr und Rettung	45
Die Gesundheit durch Lebensmittelkontrollen schützen	46
Den öffentlichen Gesundheitsdienst ausbauen	47
Drogensucht und Alkoholismus eindämmen und heilen	47

IV. Augenmaß und Kontinuität in der Bildungspolitik

Sie gehören zu uns:	
Aussiedler müssen schnell ihren Platz unter uns finden	48
Ausländische Arbeitnehmer nicht allein lassen	48
Die Voraussetzungen für menschliches Wohnen verbessern	49
Mit Sport Leben in die Freizeit bringen	50
Für eine geistig offene Bildungspolitik	53
Für ein klar gegliedertes, durchlässiges System von Bildungsangeboten	53
Das Netz der Schulen und Bildungseinrichtungen wurde immer dichter	56
Beratung und finanzielle Hilfen für Eltern und Schüler	56
Mit neuen Herausforderungen fertig werden	57
Wir setzen im Bildungswesen konkrete Schwerpunkte	
Ja zu Rheinland-Pfalz – Ja zu wertorientierter Politik – Weiter mit Leistung	62

Vorwort

Mit der vorliegenden Broschüre veröffentlicht die CDU Rheinland-Pfalz ihr Programm „Unser Weg in eine sichere Zukunft“, das auf dem Landesparteitag am 13./14. Oktober 1978 in Trier einstimmig verabschiedet worden ist.

Darüber hinaus hat Ministerpräsident Bernhard Vogel vier Schwerpunkte für die bevorstehende Legislaturperiode genannt. Wir stellen diese vier Schwerpunkte (in gekürzter Form) an den Anfang.

Der Ministerpräsident führte dazu aus:

„Die Zeit von vielfältigen Versprechungen vor dem Wahltag ist vorbei. Wir haben Grund, jedermann vor Politikern zu warnen, die vor Wahlen materielle Güter versprechen.

- 1) Wir wollen versuchen, ein neues Verhältnis von Bürger und Staat zu begründen.

Immer mehr Regeln, immer mehr Staat, immer stärker eine Entwicklung, die den einzelnen, seine Initiativen, seine Kreativität, seinen Spielraum und seine Lust zu leben, seine Eigenverantwortung unterdrücken und zum Ersticken bringen und damit schließlich auch seine Freiheit bedrohen.

Deshalb kündige ich als erste Aufgabe von hohem Rang für die nächste Legislaturperiode an, uns um ein neues Verhältnis von Bürger und Staat zu bemühen.

1. Wir werden Schluß machen mit der Überperfektionierung und mit dem immer unerträglicheren Eindringen der Staats- und Verwaltungstätigkeit in alle Freiräume von Personen und Gruppen.
2. Wir werden die Gesetze, Verordnungen und Erlasse einer strengen Prüfung unterziehen, ob sie unabwendbar notwendig sind.
3. Wir werden dafür sorgen, daß die notwendigen Regelungen in einer Sprache gefaßt sind, die jeder verstehen kann.
4. Wir werden unsere Verwaltung so einrichten, daß sie Dienststellen sind, die um das Vertrauen der Bürger werben, wo er sich nicht wie ein lästiger Bittsteller vorkommen muß, der ein Anliegen vortragen darf.

- 2) Wir wollen in unserem Land vorhandene Wachstumsraten erschließen.

Es ist uns in der Vergangenheit in ganz erstaunlichem Umfang gelungen, die Leistungsfähigkeit unseres Landes zu stärken. Noch aber verfügen wir über viele ungenützte Reserven, zumal sich Nachteile von gestern als Vorteile für morgen zu erweisen beginnen. Wir wollen die wirtschaftliche und kulturelle Leistungsfähigkeit von Rheinland-Pfalz weiter stärken. Wir wollen vorhandene Reserven durch eine aktive Strukturpolitik nutzen.

Das wertvollste Kapital, über das unser Land verfügt, sind seine Bürger!

Unsere Politik ist es, durch Erziehung und Bildung den jungen Menschen zu befähigen, seine Anlagen entfalten zu können und dem Erwachsenen ein Angebot zum Weiterlernen zu machen. Bildung ist für uns aber auch Basis der geistigen und wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes.

Wir werden die erfolgreiche Infrastrukturpolitik weiterführen. Dazu gehört der verstärkte Ausbau des regionalen Verkehrsnetzes und die Weiterführung der Einbindung unseres Landes in das europäische Fernstraßennetz. Dazu gehört aber auch eine mittel- und langfristig gesicherte Energieversorgung und der Ausbau wirtschaftsnaher Infrastruktur.

Weil wir falschen Ratgebern nicht folgten, hat der ländliche Raum in Rheinland-Pfalz eine besonders erfolgreiche Entwicklung hinter sich. Die Lebensbedingungen in den Ballungsräumen und in den ländlichen Bereichen haben sich einander angenähert. Wir werden die Politik fortsetzen mit dem Ziel, nicht gleiche, aber vergleichbare Lebenschancen zu schaffen. Hinzutreten muß der weitere Ausbau betriebsbezogener Förderung der Wettbewerbs- und Leistungsfähigkeit unserer Wirtschaft.

In Kooperation mit den Verbänden und Selbsthilfeorganisationen der Wirtschaft werden wir die Betriebe unterstützen bei der Suche und Erschließung neuer Absatzmärkte, bei der Entwicklung neuer Produkte, bei der Erweiterung der Produktion, bei der Kooperation mit in- und ausländischen Betrieben, bei Rationalisierung der Betriebsführung und beim Export.

Dabei beziehen wir die Landwirtschaft und den Weinbau ausdrücklich in unsere betriebliche Förderung mit ein. Auch hier liegen noch Wachstumsreserven, auch Landwirtschaft und Weinbau sind Wirtschaftsbereiche mit Zukunft.

Das gilt in noch stärkerem Maße für den Fremdenverkehr, der „Bodenschätze“ nutzen kann, die in unserem Land noch nicht erschlossen sind.

Unser Ziel bleibt es, allen Menschen in Rheinland-Pfalz einen Beruf, einen Arbeitsplatz und ein gesichertes Einkommen zu schaffen. Voraussetzung dafür ist ein Ausbildungsplatz für jeden, der eine rheinland-pfälzische Schule verläßt.

- 3) Wir wollen unsere Umwelt lebenswert erhalten.

In Rheinland-Pfalz bieten die Naturgegebenheiten und die Bevölkerungsdichte die Chance, Industrieansiedlungen, Verkehrswege und Energieversorgung in Einklang mit den Erfordernissen des Umweltschutzes zu halten. Zur Zukunftsvorsorge gehört, daß wir die natürlichen Grundlagen unseres Lebens schützen. Die natürliche Spannung zwischen Ökologie und Ökonomie muß ausgehalten und ausgetragen werden, sie darf nicht durch eine einseitige Kapitulation beseitigt werden.

Wir werden

- die vorausschauende Umweltplanung vorantreiben,
- Einhaltung von Umweltschutzauflagen kontrollieren,
- die Wirksamkeit des Umweltschutzes kritisch überprüfen,
- die notwendigen Investitionen für die Versorgung und Entsorgung tätigen.

Fragen der Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung lassen sich nicht überall gleichzeitig lösen, zumal wir langfristig planen müssen, denn bei den notwendigen hohen Kapitalaufwendungen sind nur Lösungen zu rechtfertigen, die auch der Bedarfslage über das Jahr 2000 hinaus noch entsprechen. Zur Sicherung der Trinkwasserversorgung werden in den nächsten Jahren Investitionen von 1,6 Milliarden DM notwendig werden. Das Land hat bisher bereits 400 Millionen bereitgestellt. Wir werden in der Lage sein, die beiden Fünfjahrespläne für Abwasserbeseitigung zu verwirklichen. 1986 werden 95 Prozent aller Haushalte an vollbiologische Kläranlagen angeschlossen sein.

- 4) Die Sorge für Familie und Jugend muß wieder zum Mittelpunkt unserer Politik werden.

Wenn unsere Gesellschaft Menschlichkeit, Verantwortlichkeit und Solidarität braucht, dann müssen wir den Ort, an dem dies am unmittelbarsten erlebt wird, stärken, die Familie. Staat und Politik haben nicht in die Familie hineinzuregieren.

Aber: sie sollen die Bedingungen, unter denen die Familie heute lebt, verbessern.

Manche scheinen unsere Verfassung nur in Auszügen zu lesen: Unsere Verfassung bestimmt auch, daß die Familie unter dem besonderen Schutz des Staates steht. Folglich muß es das Ziel unserer Politik sein, Belastungen und Benachteiligungen der Familie, insbesondere von Familien mit mehreren Kindern, weiter abzubauen und die Entfaltungsmöglichkeiten zu fördern und entscheidend zu verbessern.

Deshalb sind künftige Ziele unserer Politik

- ein gerechter Familienlastenausgleich,
- eine Verbesserung der sozialen Lage der Frau, insbesondere der Mütter, der Berufstätigen und der Hausfrauen,
- eine verstärkte Förderung bei weiterem Ausbau der Beratungsdienste, der Qualifizierung des Personals, der Koordinierung dieser Einrichtung,
- eine Verbesserung der familienergänzenden Erziehung in Kindergärten, Horten und Sonderschulen.

Eine der großen Sorgen unserer Familien ist der Weg ihrer Kinder durch die Schulen und die berufliche Ausbildung. Von der Schule wird heute viel, manchmal zu viel erwartet. Sie kann den Eltern helfen, aber sie kann nicht alles. Die schönsten Lehrpläne nutzen nichts, wenn aus dem Elternhaus nicht erzieherischer Mut und erzieherische Sorge dazukommen. Das Ziel der Schule ist letztlich nicht die Wissensvermittlung, sondern ist es, den jungen Menschen mit der für das Leben notwendigen Bildung des Geistes und des Herzens auszurüsten.“

Unser Land hat Zukunft

In Rheinland-Pfalz geht es voran. Politische Initiativen, soziale und wirtschaftliche Leistungen unseres Landes werden überall in der Bundesrepublik Deutschland anerkannt. Das reiche kulturelle Erbe und vielfältiges künstlerisches Schaffen gehören zum täglichen Leben.

Die CDU hat das Land von Anfang an bejaht und sich voll in seinen Dienst gestellt. Seit über 30 Jahren stellt sie Männer und Frauen an die Spitze dieses Landes, die Weitblick mit Tatkraft vereinigen. Die Ministerpräsidenten Peter Altmeier, Helmut Kohl und Bernhard Vogel beweisen die ungebrochene Kraft der CDU Rheinland-Pfalz, die ein Beispiel für eine ständige politische Erneuerung in der Verantwortung gegeben hat. Sie ist stolz auf die Leistungen der Bürger und die gemeinsamen Erfolge. Wir lieben dieses Land.

Die Lage des Landes in der zentralen europäischen Wirtschaftsregion ist für seine Zukunft eine gute Grundlage. In allen Teilen des Landes, in seinen ländlichen Räumen wie in seinen städtischen Ballungsgebieten, wurde die wirtschaftliche, soziale und kulturelle Infrastruktur verbessert, zahlreiche Betriebe angesiedelt und die Landwirtschaft modernisiert. Die Voraussetzungen für notwendiges wirtschaftliches Wachstum und gleichwertige Lebensverhältnisse sind geschaffen.

Der Rhein, die bedeutendste Wirtschaftsachse Europas, bringt in Verbindung mit einem leistungsfähigen Straßen- und Schienennetz auch in Zukunft viele Vorteile für das Land. Durch das europäisch orientierte Verkehrsnetz ist Rheinland-Pfalz ein Bindeglied der benachbarten wichtigen europäischen Wirtschaftszentren. Das Land mit diesen europäischen Zentren zu verbinden, war und ist die Politik der CDU. Diese europäische Wirtschaftsregion braucht Erfolge der europäischen Einigung. Wir erwarten sie als Folge der Europawahlen 1979.

Die Menschen in Rheinland-Pfalz haben den festen Willen, mit den Nachbarn in der europäischen Region an der gemeinsamen Zukunft zu bauen. Die Beiträge dieses

Landes dazu sind vielfältig. Nicht zuletzt bietet Rheinland-Pfalz auf Grund seiner geographischen Lage für die militärische Sicherheit Europas in mehreren Regionen Basen für deutsche und verbündete Streitkräfte. Dieser Beitrag zur europäischen Sicherheit wird von der Bevölkerung als selbstverständliche solidarische Verpflichtung verstanden.

Gemeinsam mit den europäischen Nachbarn hat Rheinland-Pfalz in Europa eine sichere Zukunft. Die CDU kämpft um den Auftrag der Bürger, die erfolgreiche Politik für das Land fortzusetzen.

I. Lebendige Demokratie – handlungsfähiger Staat

Politische Eigenständigkeit wahren

Unsere bundesstaatliche Ordnung lebt von der politischen Eigenständigkeit und kulturellen Vielfalt der Landschaften. Föderalismus als eine Form der Gewaltenteilung schützt die Freiheit der Bürger und begünstigt Problemlösungen, die auf die Besonderheiten der Regionen Rücksicht nehmen. Eigenständige Entscheidungsebenen haben den Vorteil, daß über die Probleme der Bürger an verschiedenen Stellen nachgedacht wird. Das fördert die schöpferische Phantasie und den Wettbewerb; Neuerungen können im überschaubaren Bereich eher erprobt werden. Fehlentwicklungen bleiben auf Teilbereiche beschränkt. Eigenständigkeiten fallen nicht einer Gleichmacherei zum Opfer, sondern bereichern unser kulturelles und soziales Leben.

Die Selbständigkeit von Rheinland-Pfalz hat dazu beigetragen, den wirtschaftlichen Aufstieg der kriegszerstörten und in ihrer Infrastruktur benachteiligten Grenzprovinzen zu beschleunigen, die verschiedenen Landesteile miteinander zu verbinden und ein Landesbewußtsein herauszubilden. Das eindrucksvolle Bekenntnis der Bürger zum Fortbestand ihres Landes beim Volksentscheid im Frühjahr 1975 ist ein überzeugender Beweis dafür.

Die CDU bejaht die bundesstaatliche Ordnung. Sie tritt für Stärkung und Erhaltung der Länderzuständigkeiten ein. Rheinland-Pfalz beweist, daß politische Eigenständigkeit ein starker Motor für wirtschaftlichen Aufbau, soziale Leistungen und kulturelles Schaffen ist. Der Föderalismus hat sich zudem als starkes Bollwerk gegen sozialistische Gleichmacherei und hemmungslose Systemveränderung bewährt.

Um dem Trend zum zentralistischen Einheitsstaat entgegenzuwirken und die Bundesländer und die föderative Ordnung zu stärken, ist es erforderlich,

- an Grundgesetzänderungen, die Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten zu Lasten der Länder verändern, ihre Parlamente unmittelbar zu beteiligen,
- die Voraussetzungen für die Gesetzgebung durch den Bund schärfert zu fassen, um eine wirksame Kontrolle zu gewährleisten und
- die Aufgabenverflechtung und die Mischfinanzierung nach Art und Umfang zu verringern; die Länder müssen finanziell so ausgestattet werden, daß sie ihre Aufgaben erfüllen können.

Die CDU wendet sich entschieden gegen Versuche der Bundesregierung, die Mitwirkung des Bundesrates an Gesetzgebung und Verwaltung des Bundes zu unterlaufen

Kulturelle Vielfalt erhalten

Das Grundgesetz schützt die kulturelle Vielfalt innerhalb der Bundesrepublik Deutschland. Kulturelle Traditionen bleiben lebendig und prägen das politische Leben. Die Demokratie braucht diese kulturelle Vielfalt, weil sie das politische Leben bereichert.

Als Grenzland hat Rheinland-Pfalz jahrhundertelang viel gelitten; als Grenzland kamen die Länder an Rhein und Mosel aber auch sehr früh mit kulturellen Strömungen Europas in Berührung. Die Römer gründeten hier die ersten Städte auf deutschem Boden. Die christlichen Kaiser des mittelalterlichen Reiches bauten Dome und Burgen.

Viele Impulse wirkten in unserer Heimat und prägten ihre Menschen. Sie wirkten von hier aus weiter in andere deutsche Länder hinein. Bei aller kulturellen und politischer Eigenständigkeit haben sich die Menschen doch immer sowohl mit dem westlichen Nachbarn als auch mit dem ganzen Deutschland verbunden gefühlt. Dies um so mehr, als auch in Rheinland-Pfalz nach dem Zweiten Weltkrieg Hunderttausende von Flüchtlingen und Vertriebenen eine neue Heimat fanden und finden.

Die Politik der CDU hat dem in den letzten 30 Jahren stets Rechnung getragen. Politik für Rheinland-Pfalz muß diese Grundlagen lebendig erhalten und zur Entfaltung bringen. Deshalb sieht die CDU in der Vermittlung der Geschichte und Kultur sowie in der Förderung künstlerischen Schaffens einen Schwerpunkt ihrer Politik.

Zur Kulturflege gehört, Straßen und Plätze nach deutschen Städten, Landschaften und Persönlichkeiten, die zur europäischen Kulturgeschichte in besonderer Weise ihren Beitrag geleistet haben, zu benennen.

Pflege der Kultur werden wir nicht auf die herausragenden Werke der Kunst beschränken. Es gilt dem kulturellen Leben nachzugehen, das in Dörfern und Städten blüht und auch die Voraussetzungen für herausragende Werke schafft.

Eine Politik, die ein Land zur Heimat für den Bürger machen will, muß die Kultur der Heimat fördern. Darum legt die CDU Wert auf die Förderung der Breitenarbeit von Chören, von Musik- und Theatervereinen und die Pflege der heimatlichen Kultur; darum fördert sie die Theater in Kaiserslautern, Mainz, Koblenz, Trier und die Landesbühne in Neuwied. Die Kultur der Heimat zu erhalten und zu fördern, ist auch der Grundgedanke des rheinland-pfälzischen Denkmalschutzgesetzes. Einzelpersonen, der Denkmalpflege verpflichtete Organisationen und Vereinigungen sowie die Religionsgemeinschaften leisten bei dieser Aufgabe einen unersetzblichen Beitrag. Das Land hilft dabei auch finanziell und unterhält selbst mehr als sechzig landeseigene Burgen und Schlösser. Wenn das Land mit hohen Geldmitteln den Weinbau an den Steilhängen der Mosel fördert, so sind dabei nicht nur wirtschaftliche Gesichtspunkte ausschlaggebend, sondern auch der Wille, die eigenständige Kultur des Weinbaues dieser Landschaft zu erhalten.

So steht hinter allem kulturpolitischen Bemühen des Landes der klare Wille, dem Bürger die Werke der Vergangenheit nicht nur in Museen zu bewahren, sondern ihm die lebendige Beziehung zu Geist und Geschichte seiner Heimat zu ermöglichen und zugleich die Kräfte, die so Großes hervorbrachten, auch für die Zukunft lebendig zu erhalten.

Die traditionell guten menschlichen Beziehungen der rheinland-pfälzischen Bevölkerung zu ihren europäischen Nachbarn müssen weiter gefördert werden. Die CDU fordert deshalb, die Partnerschaft zwischen Rheinland-Pfalz und den Nachbarn Frankreich, Belgien und Luxemburg zu pflegen, um die Völkerfreundschaften weiter zu vertiefen.

Den Freiraum kommunaler Selbst- verwaltung schützen und erweitern

Die kommunale Selbstverwaltung ist eine wesentliche Grundlage unserer freiheitlichen, demokratischen Ordnung. Die CDU bekennt sich zur eigenverantwortlichen politischen Willensbildung der Gemeinden, Kreise und Städte und der damit verbundenen Vielfalt und Unterschiedlichkeit. Die öffentlichen Aufgaben sollen möglichst bürgernah erfüllt werden. Die Chance der Mitwirkung der Bürger und die Lebensfähigkeit der Gemeinden entscheidet mit über die Freiheit unserer Zukunft. Ziel der Kommunalpolitik der CDU ist es deshalb, die Selbstverwaltung zu stärken.

Die CDU hat erreicht, daß in Rheinland-Pfalz entscheidende Schritte dazu getan wurden. Rheinland-Pfalz verwirklichte als erstes Bundesland eine Verwaltungsreform, die sich bewährt. Die Gebietsreform hat bewußt die Ortsgemeinde mit eigenen Aufgaben erhalten und die Verwaltungskraft der Gemeinden gestärkt. Die Funktionalreform hat dazu geführt, daß bürgernäher entschieden wird; die Reform der Gemeindeordnung hat die Mitwirkungsrechte der Bürger erweitert; die Neuordnung des Finanzausgleichs hat den Gestaltungsspielraum der Gemeinden vergrößert. Es bleibt weiterhin die Aufgabe, die angemessene Finanzausstattung der Gemeinden im Rahmen der Finanzverfassung zu sichern.

Die CDU wird Tendenzen entgegentreten, durch perfektionistische Gesetzes-, Verordnungs- und Verwaltungsvorschriften die Eigenverantwortung der Gemeinden einzuschränken. Wir werden kritisch prüfen, ob bei der Ausgestaltung der Vorschriften das notwendige Maß nicht überschritten wird.

Die CDU fördert die wachsende Bereitschaft der Bürger, an der Gestaltung ihrer unmittelbaren Umwelt in kommunalen Gremien, in örtlichen Vereinen, Verbänden und Initiativgruppen sowie kulturellen, sportlichen und sozialen Organisationen mitzuwirken. Freien Trägern und bürgerschaftlichen Organisationen gebührt der Vorrang, soweit sie öffentliche Aufgaben zu übernehmen bereit und in der Lage sind.

Mitwirkung und Initiative in unseren Gemeinden machen unseren freiheitlichen, demokratischen Staat leistungsfähig.

Für einen handlungs- fähigen Staat

Die Bürger müssen darauf vertrauen können, daß der Staat Recht und Ordnung zuverlässig sichert. Das ist die unerlässliche Vertrauensgrundlage, damit die Bürger zukunftsbezogen planen und handeln können. Der Staat muß seine Ordnungsaufgaben notfalls auch gegen Einzelinteressen und Widerstände zum Wohle der Allgemeinheit wahrnehmen.

Der demokratische Staat braucht, um seine Aufgaben wirksam erfüllen zu können, Zustimmung und Unterstützung. Diese sind auf die Dauer nur zu erhalten, wenn die Ziele staatlichen Handelns anerkannt und die Entscheidungen gerecht sind. Zielsetzungen und Leistungen des Staates einerseits und Zustimmung und Unterstützung durch die Bürger andererseits bedingen sich im hohen Maße gegenseitig. Lebendige Demokratie und handlungsfähiger Staat gehören zusammen.

Der Staat muß mehr sein als eine Einrichtung im Dienste der Wünsche und Interessen einzelner Bürger oder organisierter Gruppen. Sein Auftrag ist es, den Interessenausgleich zu suchen und gemeinsame Ziele zu verwirklichen. Dazu gehört auch, an künftige Generationen zu denken, für geordnete Staatsfinanzen und eine gerechte steuerliche Belastung der Bürger zu sorgen. Die Pflicht der demokratischen Regierung besteht darin, das Gesamtwohl gegen die kurzfristigen Partikularinteressen durchzusetzen, so mächtig jene auch sein mögen. Die CDU stellt sich dieser Aufgabe.

Vorgänge in den letzten Jahren, wie das Rentendebakel, der langwierige Streit um die notwendige steuerliche Entlastung der Bürger und das Ausweichen der Bundesregierung vor notwendigen Entscheidungen z. B. in der Energiepolitik haben die Glaubwürdigkeit der Politik sehr belastet. Der Ausgleich unterschiedlicher Interessen und Zielsetzungen erfolgt häufig nicht offen und sachbezogen, sondern hinter verschlossenen Türen und unter dem Druck ideologisch gesteuerter Minderheiten. Die Behandlung der Terrorgesetzgebung ist ein Beispiel dafür.

Gefahren für die Demokratie erwachsen auch daraus,

- daß durch zunehmende Bürokratisierung die Eigeninitiative und die Chancen demokratischer Mitwirkung beeinträchtigt werden,

- daß der Föderalismus – trotz der gestiegenen Zustimmung der Bürger zur politischen Eigenständigkeit der Länder – und die Eigenständigkeit von Städten und Gemeinden zugunsten zentralistischer Tendenzen in Frage gestellt werden,
- daß gesellschaftliche Gruppen verteufelt und der soziale Friede gefährdet wird.

Als große Volkspartei, die weder ein politisches Ziel absolut setzt noch sich einseitig an organisierten Interessen orientiert, sucht die CDU das Gespräch mit allen Gruppen und gesellschaftlichen Kräften.

Gewerkschaften und die Organisationen der Arbeitgeber sind ein unverzichtbarer Faktor des sozialen Friedens und des sozialen Fortschritts.

Mit den Kirchen verbindet uns eine enge partnerschaftliche und traditionell freundschaftliche Zusammenarbeit.

Die Politik der CDU stärkt die Initiative des einzelnen und der Gruppen. Sie wendet sich gegen staatliche Bevormundung und gegen zunehmende Verstaatlichung; sie sucht den gerechten Ausgleich der Interessen und die Zustimmung zu anerkannten gemeinsamen Zielen.

Die Sicherheit der Bürger garantieren

Unsere Verfassung verpflichtet den Staat, das Leben, die Gesundheit, die Freiheit und das Eigentum jedes Bürgers vor Verbrechen zu schützen sowie Anschläge auf die freiheitliche demokratische Grundordnung und die staatlichen Einrichtungen abzuwehren. Ein Staat, der diese Sicherheit nicht wirksam garantieren kann, schränkt die Freiheit seiner Bürger ein und zerstört ihr Vertrauen in die Wirksamkeit seiner Ordnung; er lähmt das persönliche Engagement des einzelnen, ruiniert die staatliche Autorität und begünstigt dadurch den Ruf nach dem autoritären Staat. Das gilt für jede Art von Rechtsverletzung, in besonderem Maße jedoch für die Herausforderung durch den Terrorismus.

Die CDU Rheinland-Pfalz appelliert an alle politisch Verantwortlichen in Bund und Ländern, dem Verbrechen mit den Machtmitteln des freiheitlichen demokratischen Rechtsstaates zu begegnen und so keine Zweifel an der Handlungsfähigkeit des Staates aufkommen zu lassen.

Die CDU in Rheinland-Pfalz hat daher folgerichtig die Wirksamkeit der Polizei und der Sicherheitsorgane bei der Verbrechensbekämpfung erhöht. Die Polizei wurde personell verstärkt; ihre Ausrüstung, Ausbildung und Weiterbildung verbessert. Bei der Kriminalpolizei arbeiten Sonderabteilungen zur Bekämpfung des Terrorismus. Die vorbeugende Überwachung des Umfeldes terroristischer Gewalttäter wurde verstärkt.

Der weitere Ausbau der zentralen polizeilichen Einrichtungen ist auch in ländlichen Räumen für die Zukunft eine unabdingbare Voraussetzung. Auf längere Sicht muß dieses Konzept jedoch durch dezentrale Einrichtungen der Polizei ergänzt werden.

Die CDU ist für eine verbesserte Zusammenarbeit zwischen den Sicherheitsorganen der Länder und des Bundes. Die verfassungsrechtlichen Zuständigkeiten müssen allerdings bestehen bleiben. Die einseitige Ausweitung von Bundeskompetenzen würde zu mehr Zentralismus führen, ohne eine bessere Verbrechensbekämpfung zu erreichen. Die Zusammenarbeit zwischen den Sicherheitsorganen des Bundes und der Länder muß durch einheitliche Polizeigesetze verbessert werden.

Die Polizei hat bei ihrer wichtigen Aufgabe Anspruch auf das Vertrauen des Staates und seiner Bürger. Die CDU wird deshalb Verunglimpfungen der Sicherheitsorgane entgegentreten; sie wird dafür sorgen, daß sie bei ihrer Pflichterfüllung nicht alleine stehen.

Fahndung und Terroristenprozesse haben gezeigt, daß die bestehenden Gesetze für die Bekämpfung des Terrorismus nicht ausreichen. Es muß verhindert werden, daß Terroristen aus den Zellen heraus neue Straftaten begehen, ihre Prozesse gezielt verschleppen und nach Strafverbüßung ihr kriminelles Tun wieder fortsetzen.

Die CDU fordert deshalb von der Bundesregierung, die Voraussetzungen dafür zu schaffen,

- den mündlichen Kontakt zwischen Verteidigern und Terroristen zu überwachen,
- die Strafprozesse zu beschleunigen,
- die Möglichkeit der Anordnung der Sicherungsverwahrung zu erweitern und
- die Verpflichtung zur Zwangsernährung von Terroristen, die in Hungerstreik treten, einzuschränken.

Die wirksame Bekämpfung des Terrorismus setzt voraus, sich mit seinen geistigen Ursachen ohne politische Selbstgerechtigkeit auseinanderzusetzen. Die CDU appelliert an das Verantwortungsbewußtsein all jener, die ein Zerrbild unserer Gesellschaft und unseres Staates zeichnen und so verwirrten politischen Geistern einen Vorwand für Gewaltanwendung liefern. Unsere aus den bitteren geschichtlichen Erfahrungen entwickelte demokratische Staatsordnung ist für ein verantwortungsloses, intellektuelles Spiel mit der Gewalt zu schade. Wer die Grundlagen unseres freiheitlichen Rechtsstaates zerstören will, darf keine Sympathie finden.

Wir wollen auch nicht, daß unsere Kinder von Links- oder Rechtsradikalen unterrichtet werden. Deshalb muß der öffentliche Dienst für politische Extremisten verschlossen bleiben. Bewerber für den öffentlichen Dienst müssen die verfassungsmäßigen Voraussetzungen für die Einstellung erfüllen, d. h., sie müssen auch die Gewähr dafür bieten, daß sie jederzeit für die freiheitliche demokratische Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes eintreten.

Die Bürger müssen sowohl vor terroristischen Gewalttaten als auch vor Verbrechen anderer Art wirksam geschützt werden. Neben der Intensivierung der Aufklärung gehört dazu auch die Verbesserung der Sicherheitserfordernisse im Strafvollzug. Das Ansteigen der Straftaten – insbesondere von Jugendlichen – zwingt zu einer Verstärkung vorbeugender Maßnahmen. Ein Schritt dazu war es, bei der rheinland-pfälzischen Polizei einen „Beauftragten für Jugendsachen“ zu schaffen. Zur wirksamen Bekämpfung der Jugendkriminalität müssen aber vor allem die erzieherischen und sozialpolitischen Maßnahmen weiter verstärkt und die gesundheitsschädlichen Folgen des Drogenmißbrauchs noch deutlicher gemacht werden.

Auch die Resozialisierung von Straftätern ist ein wichtiges und notwendiges Mittel zur vorbeugenden Bekämpfung der Kriminalität. In Rheinland-Pfalz stehen den Gefangenen moderne Berufs- und Schulausbildungsmöglichkeiten und Einrichtungen eines gelockerten Vollzugs zur Verfügung. Juristen, Ärzte, Geistliche, Psychologen, Lehrer, Sozialarbeiter und handwerklich ausgebildetes Werkdienstpersonal stehen im Dienst der Wiedereingliederung von Straftätern in die Gesellschaft. Die Aus- und Fortbildung der Justizvollzugsbediensteten

wurde intensiviert. Erfolge im Jugendstrafvollzug sind zugleich der wirksamste Beitrag zur Bekämpfung der Erwachsenenkriminalität, aber der Jugendstrafvollzug muß vor allem mit dem Ziel weiterentwickelt werden, den straffällig gewordenen Jugendlichen besser zu befähigen, künftig ein Leben ohne Straftaten zu führen.

Den Bürgern wirksam zu ihrem Recht verhelfen

Der Rechtsfriede erfordert einen wirksamen Rechtsschutz der Bürger. Den rechtsuchenden Bürgern muß schneller zu ihrem Recht verholfen werden, nicht zuletzt dann, wenn sie sich durch staatliche Behörden in ihrem Recht verletzt fühlen. Besonderes Gewicht legt die CDU auf die Chancengleichheit des rechtsuchenden Bürgers.

Die CDU hat sich für eine moderne und leistungsfähige Gerichtsorganisation eingesetzt und auch die personellen Voraussetzungen für eine wesentliche Beschleunigung der Prozesse geschaffen. Weitere Schritte zur Verbesserung der Rechtspflege und des Rechtsschutzes sind eingeleitet.

- Die Auflösung der „Einmanngerichte“ und ihre Eingliederung in größere Gerichte ermöglichte eine notwendige Spezialisierung der Richter.
- Die Voraussetzungen für eine erfolgreiche Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität wurden nachhaltig verbessert, so daß auch neuartigen Formen der Wirtschaftskriminalität wirksam begegnet werden kann.
- Bei allen Staatsanwaltschaften wurden Umweltschutzdezernate geschaffen.
- Bürgernahe Familiengerichte wurden bei allen Amtsgerichten eingerichtet.
- Eingeleitet wurde die Modernisierung des arbeitsintensiven und zeitraubenden Grundbuchwesens. Ein für die Bundesrepublik beispielhaftes Eintragungsverfahren mit Datenverarbeitungsanlagen befindet sich in der Erprobungsphase.

Die CDU wird sich dafür einsetzen, daß Rechtsstreitigkeiten auch in Zivil- und Verwaltungssachen schneller entschieden werden. Darüber hinaus wird geprüft, wie durch weitere Vereinfachung der Gerichtsorganisation, Rationalisierung der Gerichtsverwaltung, Entlastung der Richter und Staatsanwälte und durch den Einsatz technischer Hilfsmittel eine Verkürzung der Prozeßdauer zu erreichen ist.

Niemand soll wegen seiner finanziellen Verhältnisse in Rechtsverfahren benachteiligt werden. Dies erfordert eine Verbesserung der Rechtshilfe und den gleichberechtigten Zugang zum gerichtlichen Schutz für alle Bürger.

In Rheinland-Pfalz verfügen alle Amtsgerichte über Rechtshilfestellen. Damit ist für alle Bürger eine kostenlose Rechtsauskunft gewährleistet.

Das geltende „Armenrecht“ für Gerichtsverfahren ist an zu enge Voraussetzungen geknüpft und verringert so die Chancen gerade der sozial schwachen Bürger, ihr Recht vor Gericht einzuklagen. Die CDU hält daher die Umgestaltung des „Armenrechts“ für unumgänglich und appelliert an den Deutschen Bundestag, eine Neuregelung möglichst noch in dieser Legislaturperiode zu beschließen.

In der hochentwickelten Industriegesellschaft regelt der Staat, nicht zuletzt im Interesse der Gleichbehandlung aller Bürger, zwangsläufig viele Lebensbereiche. Damit der Handlungsspielraum der Bürger dennoch nicht unnötigerweise eingeengt wird, sind strenge Maßstäbe an Umfang und Inhalt gesetzlicher Vorschriften zu legen. Gesetze und Rechtsvorschriften sind oft so kompliziert, daß der Bürger sie kaum versteht. Bei länger andauernden Verfahren sollte die Pflicht zum Zwischenbescheid eingeführt werden. Die CDU wird sich dafür einsetzen, daß die Rechtssprache vereinfacht und den Bürgern überflüssige Reglementierungen erspart bleiben. Wir wollen weniger und verständliche Gesetze. Eine durchgreifende Rechtsvereinfachung ist ein Weg dahin.

Dem Bürger zu seinem Recht verhelfen bedeutet auch, den Umgang mit der Verwaltung zu erleichtern, zu vereinfachen und durchschaubarer zu gestalten. Denn dies ist die Voraussetzung dafür, daß der Bürger seine Rechtsansprüche auch praktisch geltend machen und besser durchsetzen kann. Die Verwaltungswege sind zu verkürzen. An den Entscheidungsverfahren sollen möglichst nur dann besondere Fachbehörden beteiligt werden, wenn dies sachlich unabweisbar geboten ist.

Wir lehnen eine unangemessene Ausweitung des öffentlichen Dienstes ab und setzen uns dafür ein, seine Leistungsfähigkeit zu steigern.

Arbeit für den Bürger leistet der Bürgerbeauftragte in vielfältiger Weise. Die CDU wird seine Arbeit weiter unterstützen.

II. Arbeit haben bedeutet mehr als Geld verdienen

Das vorrangige Ziel der CDU ist die Wiedergewinnung der Vollbeschäftigung. Die Furcht vor Arbeitslosigkeit muß der Vergangenheit angehören. Eine Gewöhnung an hohe Arbeitslosenzahlen und eine Verharmlosung des Problems darf es nicht geben. Ein sicherer Arbeitsplatz und ein gesichertes Einkommen sind Voraussetzungen dafür, daß jeder sein Leben selbstverantwortlich gestalten kann.

Eine leistungsfähige und wachsende Wirtschaft ist auch eine wesentliche Grundlage dafür, daß der Staat seine kulturellen, sozialen und politischen Aufgaben zu erfüllen vermag. Unsere wirtschaftlichen Möglichkeiten voll zu nutzen, ist aber ebenso sehr eine solidarische Verpflichtung gegenüber den Menschen in der Welt, deren Leben immer noch durch Hunger, Krankheit und Entbehrungen bestimmt ist.

Nur unter den Bedingungen der Sozialen Marktwirtschaft, die Initiative freisetzt, wird es gelingen, flexibel den veränderten Bedingungen auf den Weltmärkten zu begegnen, neue, technisch ausgereifte und überlegene Produkte herzustellen und abzusetzen sowie mehr Beschäftigung und Arbeitsplätze zu schaffen. Aufgaben im Dienstleistungsbereich, im Umweltschutz, in der Energiewirtschaft, sowie im notwendigen wirtschaftlichen Aufbau der Entwicklungsländer rufen nach unternehmerischer Initiative.

Die Behauptung, Dauerarbeitslosigkeit sei in der Sozialen Marktwirtschaft unvermeidbar, ist falsch. Für uns entspricht die Soziale Marktwirtschaft der demokratischen, sozialen und freiheitlichen Staatsordnung. Sie ermöglicht die Bewältigung des Wandels in Freiheit. Allerdings ist die Soziale Marktwirtschaft kein Automatismus, der Wohlstand produziert. Sie ist vielmehr eine ständig neu zu gestaltende Ordnung. Was wir heute brauchen, ist eine an den Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft orientierte leistungsfördernde und investitionsfreundliche Wirtschafts-, Finanz- und Energiepolitik. Die Bürger verlangen bei der

Konsequente Strukturpolitik bleibt der Weg, die Wirtschaft des Landes zu stärken

Höhe der inzwischen erreichten steuerlichen Belastungen und der Vielzahl gesetzlicher Auflagen vom Staat als Gegenleistung für ihre Loyalität in der Erfüllung ihrer Verpflichtungen den gewissenhaften Umgang mit den Steuergeldern und die Begrenzung der Belastungen auf das unbedingt Notwendige.

Wir wollen Wachstum, Vollbeschäftigung und stabile Preise. Dabei wird freilich vom Bund auf Grund der verfassungsrechtlichen Aufgabenverteilung der Rahmen vorgegeben, der die Grenzen für die Wirtschafts- und Konjunkturpolitik in Rheinland-Pfalz und in den übrigen Ländern absteckt.

Eindrucksvolle Erfolge bestätigen den richtigen Kurs der Strukturpolitik der CDU dieses Landes. In den strukturschwachen Gebieten wurden zahlreiche qualifizierte Arbeitsplätze geschaffen und gesichert sowie die Einkommenssituation der Bürger verbessert. Das Bruttonsozialprodukt je Erwerbstätigen ist – von einem weiten Rückstand nach dem Kriege gegenüber anderen Ländern – deutlich gewachsen und hat jetzt den Bundesdurchschnitt fast erreicht. Durch die Ansiedlung moderner Industriebetriebe wurde die Branchenstruktur verbessert. Die bereits bestehenden Betriebe wurden modernisiert und erweitert.

Konjunkturbedingte Beschäftigungseinbrüche in strukturschwachen Gebieten wurden abgemildert. Ohne die erfolgreiche Strukturpolitik der CDU wäre die Arbeitslosigkeit in diesen Gebieten erheblich höher.

Trotz der bundesweit schwierigen konjunkturellen Lage und des weltweiten Strukturwandels sind Voraussetzungen für einen Abbau der Arbeitslosigkeit und eine weitere Stärkung der Wirtschaftskraft des Landes gegeben. Folgende drei Faktoren werden auch in den nächsten Jahren die Entwicklung in Rheinland-Pfalz bestimmen:

- Die zentrale Lage des Landes im europäischen Wirtschaftsraum,
- die insgesamt ausgewogene und günstige Branchenstruktur und die günstigen Umweltvoraussetzungen sowie
- der hohe Wohn- und Freizeitwert von Rheinland-Pfalz.

Die CDU wird ihre Strukturpolitik zur Verbesserung von Beschäftigung und Wachstum fortsetzen und verstärken:

- Die Investitionstätigkeit als Motor des volkswirtschaftlichen Fortschritts ist von verwaltungsbedingten Hemmnissen zu befreien und mit allen geeigneten Hilfen zu fördern.
- Die regionalen Aktionsprogramme werden fortgeführt.
- Die Förderungsmittel des Landes zur Schaffung neuer qualifizierter Arbeitsplätze werden verstärkt auf sachliche und räumliche Schwerpunkte konzentriert.
- Die Umrüstung von überalterten Produktionen auf moderne Technologien wird gefördert, dies vor allem unter dem Gesichtspunkt der langfristigen Sicherung der Arbeitsplätze, auch in bestehenden Betrieben.

Wirtschaftliches Wachstum und die Erfordernisse des Umweltschutzes müssen aufeinander abgestimmt werden.

Unser Verkehrsnetz verbindet europäische Zentren

Der Ausbau eines umfassenden und leistungsfähigen Verkehrsnetzes ist unabdingbare Voraussetzung für wirtschaftliche Entfaltung sowie für die Angleichung der Lebensbedingungen der Bürger in Stadt und Land. Diesem Ziel bleibt die Verkehrspolitik der CDU verpflichtet.

Die Investitionen im Verkehrswesen wurden Jahr um Jahr gesteigert. Der Anschluß an die nationalen und internationalen Verkehrsachsen ist auf gutem Weg. Rheinland-Pfalz nutzt die Gunst seiner heutigen verkehrsgeographischen Lage. Wir investieren in die Zukunft unseres Landes.

Das Straßenbaukonzept wird Stück für Stück realisiert. Ein Teil des Grundnetzes der Autobahnen in Rheinland-Pfalz ist bereits verwirklicht und damit auch eine bessere Einbindung in die europäischen Verkehrsachsen erreicht worden. Ziel bleibt es, dieses Netz fortzuführen, um die Regionen des Landes aufzuschließen und das Land mit den Nachbarzentren im In- und Ausland zu verbinden. Gleichzeitig mit den im Auftrag des Bundes gebauten Straßen erfolgte der Ausbau der Landesstraßen mit dem Ziel, den Bürgern in allen Teilen unseres Landes den Anschluß an die Verkehrsachsen zu sichern. Ein weiteres Ziel des Ausbaus der Landesstraßen war und ist es, durch Ortsumgehungen

und Lärmschutzmaßnahmen den Straßenverkehr so vorteilhaft und erträglich wie möglich zu machen. Auch künftig tritt die CDU dafür ein, den Kommunen durch Zuschüsse des Landes den Bau von Stadtdurchfahrten und Kreisstraßen zu erleichtern. Die CDU wird sehr darauf achten, daß beim Straßenbau die Landschaft geschont, zusätzliche Grünanlagen geschaffen und ökologische Schäden vermieden werden. Bei der Verkehrsplanung und dem Bau von Straßen sollten Gesichtspunkte der Verkehrssicherheit für Fußgänger und Radfahrer stärker berücksichtigt werden, z. B. durch Einrichtung von Spiel- und Wohnstraßen, von Fußgänger- und Radwegen besonders im Außenbereich und zu Naherholungsstätten.

Die CDU tritt für die finanzielle Beteiligung des Landes am weiteren Ausbau unserer Wasserstraßen ein.

Rheinland-Pfalz soll sich nach Auffassung der CDU finanziell auch an der Elektrifizierung von Bundesbahnstrecken beteiligen, sobald es Gewißheit über das künftige Schienennetz der Deutschen Bundesbahn gibt. Den erfolgreichen Bemühungen in der Infrastrukturpolitik dürfen verkehrspolitische Entscheidungen der Bundesunternehmen Post und Bahn nicht entgegenwirken. Die CDU ist für eine moderne und rationelle Betriebsorganisation der Bundesunternehmen. Jedoch darf die aktive Strukturpolitik in Rheinland-Pfalz nicht in Frage gestellt werden. Rationalisierungsmaßnahmen müssen dort ihre Grenzen finden, wo die gesamtwirtschaftlichen Nachteile größer sind als die betriebswirtschaftlichen Vorteile bei Bahn und Post.

Die CDU hält den öffentlichen Personennahverkehr für ausbaubedürftig. Verkehrsverbunde werden angestrebt. Um den öffentlichen Personennahverkehr zu verbessern, sollen neben den Ausgleichszahlungen für die Beförderung von Schülern und Lehrlingen die notwendigen Investitionen gefördert werden. Die Verkehrsbedienung im ländlichen Raum wird durch ein Programm unterstützt, das die Einrichtung neuer oder die Verdichtung bestehender Verkehrslinien finanziell erleichtert.

Alle Möglichkeiten zum Abbau der Arbeitslosigkeit nutzen

Die CDU wird alle Möglichkeiten zur Schaffung neuer Arbeitsplätze nutzen. Arbeitsmarktpolitik ist in erster Linie Sache des Bundes. Aber wir können den Einsatz des arbeitsmarktpolitischen Instrumentariums unterstützen, bundespolitische Maßnahmen anregen und auf Teilgebieten selbst die Initiative ergreifen. Dies ist in Rheinland-Pfalz schon in den vergangenen Jahren mit Erfolg geschehen.

Es muß geprüft werden, inwieweit Möglichkeiten zur Verkürzung der Lebensarbeitszeit zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit beitragen können.

Die CDU hat im Doppelhaushalt 1978/79 den finanzpolitischen Spielraum des Landes zur Förderung der Investitionen und zur Erhöhung der Beschäftigung erweitert.

Jugendarbeitslosigkeit wird weiter mit großem Nachdruck bekämpft werden. Die Förderung zusätzlicher Ausbildungsplätze wird fortgesetzt. Der Beratungsdienst für arbeitslose Jugendliche in Rheinland-Pfalz hat als Modellmaßnahme auf europäischer Ebene Anerkennung gefunden.

Bei öffentlichen und privaten Arbeitgebern müssen die Möglichkeiten der Teilzeitbeschäftigung stärker genutzt werden. Das Land hat für seine Beamten frühzeitig die rechtlichen Möglichkeiten zum Übertritt in Teilzeitbeschäftigungen geschaffen, damit z. B. verstärkt arbeitslose Lehrer eingestellt werden können. Die Landesregierung hat durch eine umfassende Untersuchung Teilzeitbeschäftigungsmöglichkeiten in der Wirtschaft aufgezeigt.

Das Land bietet zur Bekämpfung der Frauenarbeitslosigkeit vermehrt Teilzeitarbeitsplätze an. Dies hat auch familienpolitische Bedeutung. Es hat zusätzlich arbeitslose Schwerbehinderte eingestellt. Diese Anstrengungen setzen wir fort. Mit Sonderprogrammen wurde die Eingliederung von Schwerbehinderten bei privaten Arbeitgebern gefördert.

Chance für die junge Generation

Der vorausgesagte Mangel an Ausbildungsplätzen ist weitgehend abgewehrt worden. Die CDU sieht in dieser eindrucksvollen Steigerung der Zahl der Ausbildungsplätze einen Beweis für die Funktionsfähigkeit unserer freiheitlichen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung. Unser Vertrauen in das Verantwortungsbewußtsein der Wirtschaft für die Heranbildung des Nachwuchses ist bestätigt worden. Die CDU wird sich daher allen Versuchen einer Bürokratisierung und Reglementierung der beruflichen Bildung widersetzen. Sie wird sich dafür einsetzen, Ausbildungsbetriebe steuerlich zu entlasten.

Das Land hat in seinem eigenen Bereich zusätzliche Ausbildungsplätze in erheblichem Umfang eingerichtet. Darüber hinaus sind mit Finanzhilfen des Landes zusätzliche betriebliche Ausbildungsplätze für Jugendliche ohne Hauptschulabschluß und Sonderschulabgänger geschaffen worden. Das Land wird weiterhin alle Anstrengungen unternehmen, sein Ausbildungsplatzangebot auch über die eigenen Anstellungsmöglichkeiten hinaus auszuweiten.

Auch der frühzeitige Aufbau und Ausbau eines Netzes überbetrieblicher Ausbildungsstätten hat dazu beigetragen, den Mangel an Ausbildungsplätzen auszugleichen und die Ausbildung in kleinen und mittleren Betrieben zu ergänzen. Trotz dieser Erfolge bleibt die Gewinnung weiterer neuer Ausbildungs- und Arbeitsplätze für die heranwachsenden geburtenstarken Jahrgänge ein gesellschaftspolitisches Problem ersten Ranges.

Wir werden die Jugendlichen verstärkt über ihre Ausbildungs- und Beschäftigungsmöglichkeiten informieren, um dem Trend zu wenigen Modeberufen entgegenzuwirken. Wir wollen Mädchen Ausbildungs- und Beschäftigungsmöglichkeiten über die traditionellen Beschäftigungsmöglichkeiten hinaus eröffnen.

Die CDU beachtet den engen Zusammenhang zwischen Qualität der Berufsausbildung und einer auf Dauer gesehen gesicherten Beschäftigung für den einzelnen. Sie wird deshalb für eine breite berufliche Qualifizierung eintreten. Die Fortschreibung des „Aktionsprogramms für eine bessere berufliche Bildung“ erfolgte unter dieser Zielsetzung.

Die Jugend muß die Solidarität der Generationen kennenlernen, um sie selbst üben zu können. Auch darum

sieht die CDU in der Beseitigung der Jugendarbeitslosigkeit und in der Verbesserung der Berufschancen der jungen Generation ein zentrales jugendpolitisches Problem der Gegenwart.

Aktive Energievorsorge betreiben

Die Energiepolitik der CDU hat in der Vergangenheit in unserem von Natur aus energiearmen Land zu einer ausreichenden, sicheren und preisgünstigen Energieversorgung geführt. Ein breitgefächertes Energieangebot zur Deckung des steigenden Bedarfs ist ein wesentliches Ziel unserer Energiepolitik. Fehlende Energie darf nicht zum Hemmnis für wirtschaftliches Wachstum werden. Durch niedrige Energiepreise sind die Konkurrenzfähigkeit der Unternehmen und damit die Arbeitsplätze zu sichern.

Die Entwicklung neuer und preisgünstiger Energiequellen ist für eine hochentwickelte Volkswirtschaft eine ständige Aufgabe. Es ist unser Ziel, die Abhängigkeit vom immer teurer werdenden Erdöl zu verringern und die wertvolle Kohle nicht nur einseitig zur Energieerzeugung zu nutzen. Um das umweltfreundliche Erdgas in Rheinland-Pfalz noch stärker nutzen zu können, trat die CDU für das laufende Sonderprogramm zum Ausbau des Gasnetzes ein. Dies wird auch für die nächsten Jahre eine wichtige Aufgabe bleiben. Die CDU tritt auch für die friedliche Nutzung der Kernenergie ein.

Für die CDU hat bei der Planung, dem Bau und dem Betrieb von Kernkraftwerken der Schutz von Leben und Gesundheit der Bevölkerung unbedingten Vorrang.

Energiepolitik ist zwangsläufig langfristig angelegt. Wir müssen bereits heute über Art und Umfang des Energieangebotes in zehn Jahren und damit auch über die Lebenschancen nachfolgender Generationen entscheiden.

Dies verlangt von Bürgern und Politikern ein hohes Maß an Verantwortung. Bürger und Politiker müssen daher in einen ständigen offenen und sachbezogenen Dialog treten. Die Bürger müssen in die Lage versetzt werden, die Bedeutung der Energie für Wachstum und Wohlstand erkennen und beurteilen zu können.

Der Mittelstand, ein dynamischer Faktor der Wirtschaft unseres Landes

Es müssen alle Möglichkeiten zur Energieeinsparung genutzt werden. Durch aufklärende Information und finanzielle Anreize soll Haushalten und Unternehmen geholfen werden, energieeinsparende Investitionen vorzunehmen. Die CDU setzt auch hier Verantwortungsbewußtsein und Freiwilligkeit ein.

Kleine und mittlere Unternehmen bestimmen maßgeblich das Bild der Wirtschaft unseres Landes. Mehr als 60 Prozent aller Beschäftigten sind in mittelständischen Unternehmen und freiberuflichen Praxen tätig. Über die Hälfte aller in unserem Land erzeugten Güter und Dienstleistungen werden in der mittelständischen Wirtschaft produziert. In mittelständischen Unternehmen finden rund 70 Prozent der Lehrlinge ihren Ausbildungsplatz. Eine starke mittelständische Wirtschaft trägt erheblich dazu bei, die freie Konsumwahl der Verbraucher zu sichern, und gibt dem Arbeitnehmer die Chance, aus einem größeren Angebot seinen Arbeitsplatz zu wählen. Ohne den vor allem von der mittelständischen Wirtschaft getragenen Wettbewerb, der durch den Ausbau des Kartellrechts noch wirksamer garantiert werden muß, wären die Leistungsfähigkeit unserer Wirtschaft und unsere freiheitliche Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung nicht vorstellbar.

Die CDU tritt dafür ein, daß mehr Menschen die Chance erhalten, selbständige wirtschaftliche Existenz zu gründen. Dazu gehört ein politisches Klima, das die Selbständigkeit fördert. Mit der Diffamierung marktwirtschaftlicher Prinzipien und des Unternehmers muß Schluß gemacht werden. Leistung muß sich auch in selbständiger Tätigkeit lohnen.

Das Mittelstandsförderungsgesetz unseres Landes geht von dem Grundsatz der Hilfe zur Selbsthilfe aus.

Im einzelnen sieht das Gesetz folgende Maßnahmen zur Steigerung der Leistungskraft der mittelständischen Wirtschaft vor:

- Berücksichtigung der mittelständischen Wirtschaft bei Regelungen, Planungen und Programmen der öffentlichen Hand;

- Privatisierung öffentlicher Leistungen, die ohne Nachteile von privaten Trägern übernommen werden können;
- Vergabe öffentlicher Aufträge an kleine und mittlere Unternehmen;
- Förderung überbetrieblicher Maßnahmen zur Steigerung der Leistungskraft der mittelständischen Wirtschaft, insbesondere im Bereich der technischen und betriebswirtschaftlichen Beratung (Innovation und Technologietransfer);
- Staatliche Maßnahmen zur Verbesserung der Kapitalversorgung, insbesondere für die Gründung, Übernahme und Erweiterung von selbständigen Existzenzen;
- Hilfen bei der Erschließung ausländischer Märkte;
- Bürgschaften bei der Kapitalbeschaffung.

Das Leistungs- angebot des Fremden- verkehrs steigern

Die Landesförderung durch Investitionszuschüsse und der Ausbau des Verkehrsnetzes, die Bemühungen der Gemeinden und die unternehmerischen Anstrengungen der überwiegend mittelständischen Fremdenverkehrswirtschaft haben Rheinland-Pfalz mit seinen landschaftlichen Schönheiten und kulturellen Schätzen zu einem bevorzugten Urlaubs- und Reiseland werden lassen.

Die seit 30 Jahren ununterbrochene Aufwärtsentwicklung im Fremdenverkehr bedarf weiterer zielstrebiger Förderung, um die Attraktivität der Fremdenverkehrsorte und das Leistungsangebot des Fremdenverkehrsgewerbes nachhaltig zu steigern. Dabei verdienen Modernisierung, Rationalisierung und die erhöhte Kapazitätsausnutzung in der Gastronomie besondere Unterstützung.

Die CDU setzt sich für einen konsequenten Ausbau der Infrastruktur ein, um im Urlaubstourismus, im Ausflugsverkehr und in der Naherholung verstärkt Gäste zu gewinnen. Erweiterte Förderungsmöglichkeiten können dabei helfen. Auf die speziellen Bedürfnisse der Familien, älterer Menschen und von Behinderten ist hier Bedacht zu nehmen.

Die Lösung von Verkehrs- und Umweltproblemen erhöht den Freizeitwert der Fremdenverkehrsorte.

Die Entwicklung des ländlichen Raums geht weiter

Betriebsberatungen und die Aus- und Fortbildung im Hotel- und Gaststättengewerbe bleiben Schwerpunkte der Fremdenverkehrsförderung.

Die CDU sieht in der Förderung des Fremdenverkehrs eine wichtige regionale und strukturpolitische Zielsetzung unseres Landes und zugleich eine soziale Verpflichtung, deren Erfüllung allen erholungs suchenden Menschen zugute kommt.

In Rheinland-Pfalz wohnt ein Drittel der Gesamtbevölkerung in Gemeinden unter 2000 Einwohnern; fast zwei Drittel leben in Gemeinden unter 20 000 Einwohnern. Die veränderte gesamtwirtschaftliche Situation und die Verringerung der Geburtenquote gehören zu den Faktoren, die die Entwicklungsaufgaben für die ländlichen Räume in den nächsten Jahren erschweren. Mit aller Entschiedenheit lehnt die CDU Vorschläge ab, die auf eine Verschlechterung der allgemeinen Lebensbedingungen und eine Entleerung von ländlichen Teilgebieten hinauslaufen.

Es ist seit Jahren die Politik der CDU, die Maßnahmen zur Verbesserung der Infrastruktur, die kommunale Grundausrüstung und die agrarpolitischen Maßnahmen in Rheinland-Pfalz zu koordinieren. Dadurch wurde die Wirtschafts-, Kommunal- und Agrarpolitik aktiv zu einer Politik der Entwicklung des ländlichen Raums zusammengefaßt.

In Zukunft sind mit Vorrang folgende Maßnahmen zu verwirklichen:

- Fortsetzung der regionalen Wirtschaftspolitik mit dem Ziel, vor allem qualitativ hochwertige Arbeitsplätze in gewerblichen Unternehmen sowie im Dienstleistungsbereich zu schaffen und, wo vorhanden, sicher zu erhalten bzw. zu stärken;
- Ausbau einer wirtschaftlich leistungsfähigen Land- und Forstwirtschaft;
- Sicherung einer ausreichenden Bedienung mit öffentlichen Verkehrsmitteln im Nahverkehr;
- Fortsetzung der Erschließung des ländlichen Raumes und seiner Anbindung an das Fernverkehrsnetz. Ein

- wichtiger Erfolg ist dabei die Verkürzung der Wege zwischen Wohnung und Arbeitsplatz;
- Weiterentwicklung eines differenzierten Angebots an Bildungs-, Sport- und Freizeiteinrichtungen für die Bewohner im ländlichen Raum;
 - Sicherung einer ausreichenden Versorgung mit sozialen Einrichtungen wie Sozialstationen, praktischen Ärzten, Krankenhausbetten, Altenwohn- und Pflegeheimen;
 - Sicherung der Trinkwasserversorgung und umweltfreundliche Abwasserbeseitigung;
 - Nutzung der Möglichkeiten, die gerade die ländliche Gemeinde zur Verbesserung der zwischenmenschlichen Beziehungen bietet. Dabei werden die Schaffung von Versammlungsräumen und die Öffnung vorhandener Räumlichkeiten für Aktivitäten der Vereine im Vordergrund stehen.

Soweit es dabei zu Leistungseinschränkungen der öffentlichen Hand kommen muß, setzt dies eine stärkere Bereitschaft der Bürger zu mehr Eigeninitiative und Eigenverantwortung bei der Ausgestaltung ihrer Lebensverhältnisse voraus.

Die wirtschaftliche Stellung der Landwirtschaft festigen

Landwirtschaft, Weinbau und die Forstwirtschaft haben für die Wirtschafts- und Siedlungsstruktur des ländlichen Raumes überdurchschnittliche Bedeutung. Ziel der CDU-Agrarpolitik ist es, die Entwicklung einer leistungsfähigen Landwirtschaft zu fördern. Der erhebliche Einsatz finanzieller Mittel für die Agrarstrukturpolitik dient nicht nur der Verbesserung der wirtschaftlichen Grundlagen der Landwirtschaft. Sie trägt gleichzeitig zur Stabilisierung der Gesamtsituation in den ländlichen Räumen bei.

Die CDU fordert und unterstützt eine Agrarpolitik, die der Landwirtschaft eine angemessene Teilnahme an der allgemeinen Einkommensentwicklung garantiert. Sie lehnt aus diesem Grund den von der EG-Kommission vorgeschlagenen automatischen Abbau des Grenzausgleichs wegen seiner negativen Auswirkungen auf die Einkommenssituation der deutschen Landwirte ab.

Die Agrarstruktur von Rheinland-Pfalz wird von dem gleichberechtigten Nebeneinander der Voll-, Zu- und

Nebenerwerbsbetriebe geprägt. Die CDU von Rheinland-Pfalz wendet sich mit Nachdruck gegen das einseitige und dogmatische Leitbild der EG-Agrarpolitik, mit dirigistischen Mitteln einen Einheitstyp der Agrarstruktur zu schaffen, der ausschließlich vom Vollerwerbsbetrieb bestimmt ist. Agrarpolitisches Ziel der CDU ist die Erhaltung einer bäuerlich betriebenen Landwirtschaft und des bäuerlichen Berufsstandes als Teil eines freien und selbständigen Mittelstandes.

Die Freiheit der bäuerlichen Unternehmensentscheidung darf nicht angetastet werden. Die gerade für Rheinland-Pfalz typische breite Streuung des Eigentums an Grund und Boden soll erhalten bleiben.

Die CDU verlangt eine Anpassung der Förderungsrichtlinie, für die Agrarstrukturpolitik an die veränderte gesamtwirtschaftliche Situation in den ländlichen Räumen. Sie hält es insbesondere für notwendig, daß bei der einzelbetrieblichen Investitionsförderung der Sicherheit des Arbeitsplatzes größere Bedeutung als in den vergangenen Jahren eingeräumt wird.

Die Förderung der einzelnen Betriebsgruppen in der Landwirtschaft soll nach der Zielsetzung der CDU in den kommenden Jahren an folgenden Leitsätzen ausgerichtet werden:

- Der Zugang zur Investitionsförderung für Vollerwerbsbetriebe ist allein denjenigen landwirtschaftlichen Unternehmen zu ermöglichen, in denen mit Hilfe von Anpassungs- und Entwicklungsinvestitionen ein Einkommen gesichert werden kann, das einem zeitgemäßen Lebensstandard der Familie genügt. Zur Verwirklichung dieser Forderung ist für den zu fördernden Einkommensbereich statt einer starren Durchschnittswertes eine gewisse Bandbreite der zu fördernden Einkommen erforderlich.
- Hauptberuflichen Betriebsinhabern in nicht ausbaufähigen Betrieben, die keine Berufsalternativen haben, soll durch Überbrückungshilfen die Möglichkeit gegeben werden, ihre Betriebe bis zum Anschluß an die Alterssicherung fortzuführen.
- Für die Nebenerwerbsbetriebe sind mit Vorrang alle überbetrieblichen Maßnahmen zu fördern, die dem Ziel dienen, die Rentabilität zu sichern und die Arbeitsbelastung der Familie in vertretbaren Grenzen zu halten.

Für die CDU in Rheinland-Pfalz stellt die Förderung des Weinbaues einen besonderen Schwerpunkt im Rahmen ihrer Strukturpolitik dar. Zielsetzung und Maßnahmen für den Weinbau wurden in Rheinland-Pfalz in einem eigenen Weinbauplan zusammengefaßt. Die Weinbaupolitik ist auf die folgenden Ziele ausgerichtet:

- Verbesserung der Produktionsgrundlagen des Weinbaues, soweit sie die Struktur betreffen;
- weitere Anhebung des Qualitätsniveaus;
- Stärkung der Marktposition der Winzer, um ihren Einfluß auf die Preisentwicklung zu stärken;
- Intensivierung der Beratungstätigkeit;
- Berücksichtigung der naturbedingten Gegebenheiten im rheinland-pfälzischen Weinbau bei der Anwendung des deutschen Weinrechts und der europäischen Weinmarktordnung.

Der Verbesserung der Produktionsgrundlagen dient vor allem die Weinbergsflurbereinigung und die Förderung des planmäßigen Wiederaufbaus der Rebflächen. Die CDU tritt dafür ein, die Finanzierung der Flurbereinigung und des Wiederaufbaus trotz des Wegfalls von EG-Mitteln in den kommenden Jahren zu sichern. Sie ist entschlossen, in den nächsten Jahren konsequent ihre Politik fortzuführen, um die Wettbewerbsstellung des einheimischen Weinbaues innerhalb der Europäischen Gemeinschaft durch eine weitere Anhebung des Qualitätsniveaus zu stärken. Der Ausbau der Marktposition der Erzeuger ist nur über eine solidarische Zusammenfassung des bisher noch stark zersplitterten Angebotes zu erreichen. Die CDU wird die finanziellen Mittel zur Verbesserung der Marktstruktur auch in den nächsten Jahren mit Vorrang für die Fortentwicklung von Erzeugergemeinschaften in den Weinbaugebieten einsetzen.

Rheinland-Pfalz hat unter den Bundesländern den zweithöchsten Waldanteil. Neben der Nutzfunktion des Waldes als Rohstofflieferant gewinnen die Schutz- und Erholungsfunktionen zunehmend an Bedeutung. Die Forstwirtschaft kann langfristig jedoch die Funktionen nur dann wahrnehmen, wenn eine ausreichende Wirtschaftlichkeit der forstlichen Nutzung gewährleistet ist. Zur Verbesserung der Ertragslage in der Forstwirtschaft gilt es insbesondere den Wirtschaftswegebau, die Waldflurbereinigung und den Umbau ertragsschwacher Bestände zu fördern.

Umweltschutz ist Investition in unsere Zukunft

Umweltschutz ist ein wesentlicher Teil der Daseinsvorsorge. Er umfaßt nicht nur den Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen, sondern auch die Schaffung und Sicherung einer Umgebung für die Menschen, die gesund und menschenwürdig ist. In Rheinland-Pfalz bieten die Naturgegebenheiten und die vergleichsweise dünnere Besiedlung die Chance, Versorgung und Entsorgung, Wirtschaft, Verkehr und Energieversorgung in Einklang mit den Erfordernissen des Umweltschutzes zu entwickeln. Die CDU ist entschlossen, diese Chance zu nutzen. Ihr Ziel ist es, die Fehler, die in früheren Entwicklungsphasen in dichter besiedelten Teilen der Bundesrepublik Deutschland begangen wurden, zu vermeiden. Dieser Zielsetzung dienen vor allem die folgenden Maßnahmen:

- Ausweisung von Landschaftsschutzgebieten und Naturparken,
- Sicherung der Trinkwassergewinnung durch Festlegung entsprechender Vorrangflächen in den regionalen Raumordnungsplänen,
- Erhaltung der Wälder, die besondere Schutz- und Erholungsfunktionen zu erfüllen haben,
- Förderung einer Entwicklung in der Landwirtschaft, die auch den ökologischen Erfordernissen ausreichend Rechnung trägt.

Die Trinkwasserversorgungsanlagen werden dem gestiegenen Wasserverbrauch der Bevölkerung nicht mehr gerecht. Das gilt vor allem für Wassermangelgebiete in den ländlichen Räumen. Die CDU hat sich zum Ziel gesetzt, in den nächsten zehn bis fünfzehn Jahren die Wasserversorgung in den meisten der ländlichen Gebiete von Rheinland-Pfalz neu zu ordnen.

Nachdem in den zurückliegenden Jahren bei der Abwasserbeseitigung aus Gründen des Umweltschutzes den Verdichtungsgebieten Vorrang eingeräumt werden mußte, wird nach den Plänen der Landesregierung und der CDU der Schwerpunkt der Förderung in den kommenden Jahren in den ländlichen Gebieten liegen. Weil bei der Abwasserbeseitigung die Investitionskosten in der Regel um so höher liegen, je geringer die Bevölkerungsdichte ist, werden in den ländlichen Regionen bis zu 80 Prozent der Investitionskosten über Beihilfen finanziert. Auf diese Weise kann für die Bewohner dieser Räume eine Überbelastung verhindert werden. Die CDU wird sich auch in Zukunft dafür einsetzen, zwischen den

Anforderungen des Umweltschutzes und den finanziellen Möglichkeiten des einzelnen einen gerechten Ausgleich zu finden.

Mit der Errichtung einer zentralen Informationsstelle für Emissionskataster und Genehmigungsverfahren ist sichergestellt, daß bei allen immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren nach einheitlichen Gesichtspunkten verfahren wird. Dies ist für die Anlagenplanung der Unternehmen von großer Bedeutung. Mit dieser zentralen Informationsstelle ist die Gewerbeaufsicht auch in der Lage, den Unternehmen bereits in einem frühen Planungsstadium Hinweise und Ratschläge zum Stand der Technik an vergleichbaren Anlagen zu geben. Nach Auffassung der CDU müssen gerade im Umweltschutz Verantwortungsbewußtsein und Eigeninitiative der Unternehmen voll zum Tragen gebracht werden.

In der Luftreinhaltung mußten sich die Hauptanstrengungen auf die industriellen Ballungsräume Ludwigshafen/Frankenthal und Mainz/Ingelheim konzentrieren. Eine exakte Bestandsaufnahme in diesen Räumen in Form von Emissionskatastern liefert in Verbindung mit einem automatisierten zentralen Immissionsmeßnetz die Grundlage für eine langfristige und großräumige Strategie der Luftreinhaltung. In Zukunft sollen besondere Luftreinhaltepläne die bereits erreichten Verbesserungen in diesen Gebieten systematisch fortführen.

Mit Sorge beobachtet die CDU die Zunahme des Lärms und die damit verbundenen Gefahren für die Gesundheit. Wir werden daher die Investitionen für Lärmschutzmaßnahmen erhöhen und Planungen verstärkt unter dem Aspekt der Lärmbelastung beurteilen.

Zum Schutz der Bevölkerung und „im Interesse fairen Wettbewerbs“ wird eine von der CDU geführte Landesregierung darauf drängen, daß in den europäischen Nachbarstaaten ähnliche Umweltschutzbedingungen gültig werden.

Die zahlreichen traditionellen Naturschutzverbände unseres Landes leisten seit Jahrzehnten eine vorbildliche Arbeit zum Schutze unserer natürlichen Umwelt. Die CDU wird diese Arbeit weiterhin unterstützen und deren Sachverständ nutzen.

III. Soziale Gerechtigkeit – Hilfen im Alltag

Solidarische Hilfe in Notlagen muß sich im Alltag des einzelnen bewähren. Die CDU sieht die Menschen nicht als Objekte der Betreuung. Ihre Sozialpolitik hat Unabhängigkeit und Selbständigkeit des einzelnen und solidarische Hilfe zum Ziel.

Wirksame solidarische Hilfe zu leisten, überfordert den Staat. Es bedarf der Mitwirkung des einzelnen und der Gruppen. Den freien Verbänden der Wohlfahrtspflege kommt dabei besondere Bedeutung zu. Es ist ihr Verdienst und ihr Vorzug, rasch und unbürokratisch zu helfen und dabei gleichzeitig die Persönlichkeit des Hilfesuchenden zu schützen und zu fördern. Die CDU wird – wie bisher – den Wohlfahrtsverbänden ihren Freiraum garantieren und für die staatliche Förderung ihrer Arbeit einstehen.

Die Familie schützen und stärken

Ehe und Familie sind die ursprüngliche menschliche Gemeinschaft. Für die CDU gilt, daß Ehe und Familie unter dem besonderen Schutz von Grundgesetz und Landesverfassung stehen. Schutz von Ehe und Familie durch den Staat ist zugleich Schutz eines breiten Raums an Gestaltungsfreiheit:

Die CDU bekennt sich zum Leitbild der Partnerschaft in der Ehe. Partnerschaft heißt, daß Mann und Frau ihre Aufgaben wie ihre persönliche Entfaltung im Beruf oder in der Familie oder in der Verbindung von Beruf und Familie finden können.

Die freie Entscheidung der Frau für die eine oder andere Lebensform setzt voraus, daß das Problem der sozialen Sicherung auch für die Hausfrau gelöst wird. Mit dem Modell der Partnerrente und den Vorstellungen für die stufenweise Verwirklichung eines Erziehungsgeldes hat

die CDU seit langem praktikable Vorschläge zur Lösung dieser Frage vorgelegt. Sie wird weiter darauf drängen, daß der Bundesgesetzgeber diese Probleme anpackt.

Die Erziehung der Kinder ist in erster Linie Aufgabe und Pflicht der Eltern. Die Fähigkeit zu Verantwortung und Vertrauen, zu Gemeinsinn und Bindung werden vor allem durch die elterliche Erziehung vermittelt. Die Familie ist der eigentliche Ort individueller Erziehung und Geborgenheit für Kinder und Jugendliche. Es muß deshalb alles daran gesetzt werden, die Erziehungsfähigkeit der Familie zu stärken. Das Elternrecht findet seine Grenze jedoch dort, wo Eltern ihrer Verantwortung für die Kinder nicht gerecht werden und daraus schwerwiegende Gefahren für das Wohl der Kinder erwachsen.

Ziel der CDU ist, daß alle Kinder möglichst gleiche Startchancen haben, unabhängig vom sozialen Status, vom Einkommen und Wohnort der Eltern.

Entsprechende Maßnahmen müssen frühzeitig einsetzen:

- Mutter-und-Kind-Stationen sollen eine möglichst frühe Mutter-Kind-Beziehung in der Zeit unmittelbar nach der Entbindung und im Krankheitsfall sichern, um seelische Störungen durch die Trennung von Mutter und Kind erst gar nicht entstehen zu lassen.
- Der Gesundheitsvorsorge dient ein umfangreiches Programm, wie Untersuchung des Kleinkindes, vorschulische Untersuchungen und Schutzimpfungen.
- Körperliche und geistige Behinderungen bei Kindern müssen so früh wie möglich erkannt werden. Mit dem Kinderneurologischen Zentrum in Mainz hat Rheinland-Pfalz die erste Einrichtung dieser Art in der Bundesrepublik Deutschland geschaffen. Die Errichtung weiterer Zentren im Land, die mit Mainz zusammenarbeiten werden, wird in Angriff genommen.
- Für die geistig und körperlich behinderten Kinder wird das Netz von Sonderkindergärten und das gegliederte Sonderschulwesen weiter ausgebaut.

Öffentliche Einrichtungen ergänzen die Erziehung in der Familie. Mit dem ersten Kindergartengesetz der Bundesrepublik Deutschland hat Rheinland-Pfalz ein Beispiel gesetzt. Es wurde nicht nur volle Versorgung mit Kindergartenplätzen erreicht, sondern auch die pädagogische Arbeit im Kindergarten durch eine bessere Ausstattung mit Fachkräften entscheidend verbessert.

Im Interesse der Kinder bleibt noch viel zu tun:

- Die Kindergärten sollen in Zukunft durch eine größere Zahl von Horten für schulpflichtige Kinder ergänzt werden.
- Notwendig sind Gesprächsmöglichkeiten und Informationen für die Eltern über Fragen der Ehe und Kindererziehung. Die CDU wird den Ausbau und das Zusammenwirken der Beratungsdienste und der Elternbildungseinrichtungen verstärken, insbesondere soll das Netz der Erziehungsberatungsstellen ausgebaut werden.
- Mit dem Schwangerenberatungsgesetz wurde die Grundlage für ein ausreichendes Angebot qualifizierter Beratung für werdende Mütter geschaffen.
- Wir werden auf breite Aufklärung der Öffentlichkeit über Kinderverwahrlosung und -mißhandlung hinwirken und eine zentrale Meldestelle für Kindesmißhandlungen einrichten.

Auch für die Jugendlichen gilt, daß die CDU die Erziehung in der Familie vorrangig ergänzen und nicht ersetzen will. Junge Menschen sollen sich frei und verantwortungsbewußt entfalten können. Sie sollen nicht gegängelt werden.

Die außerschulische Jugendbildung leistet neben Familie, Schule und Beruf einen wichtigen Beitrag zur Verwirklichung des Rechts auf Erziehung und Bildung. Sie soll dem Jugendlichen Spielraum für die Entfaltung eigener Initiativen bieten und seinen Kontakt mit anderen erleichtern. Er soll sein Leben in der Gemeinschaft mitgestalten und mitverantworten.

- Die CDU tritt für eine Stärkung der freien Träger der Jugendhilfe und für die Bewahrung der Unabhängigkeit der Jugendverbände ein. Öffentliche und freie Träger sollen ein vielfältiges Angebot an Maßnahmen und Einrichtungen für Erziehung, Bildung und Freizeitgestaltung Jugendlicher bereitstellen.
- Auch für die Jugendlichen, die sich nicht einer Jugendorganisation anschließen, soll das qualitative und quantitative Angebot an Bildungsveranstaltungen, Jugendbildungs- und Freizeitstätten erweitert werden.
- Das Netz an Jugendherbergen soll in den landschaftlich reizvollen Regionen von Rheinland-Pfalz ergänzt und verdichtet werden.

Familie, die Gemeinschaft von Eltern und Kindern, bedeutet Glück und Lebenserfüllung. Eltern bringen große Opfer für ihre Kinder. Dies darf jedoch nicht dazu führen, daß Kinderreichtum für Familien gleichbedeutend mit sozialem Abstieg und Armut ist. Die Familien können ihren wichtigen Aufgaben nur gerecht werden, wenn ihre wirtschaftlichen Grundlagen gesichert sind. Die CDU wird daher nicht nur in ihrer Verantwortung in Rheinland-Pfalz, sondern auch auf Bundesebene ihre Bemühungen fortsetzen, einen gerechten Ausgleich für die besondere Belastung von Familien mit mehreren Kindern zu erreichen.

- Auf Bundesebene wird die Partei sich dafür einsetzen, daß der notwendige Ausgleich durch familienbezogene Steuerentlastungen und durch ein der Familiengröße entsprechend gestaffeltes und an die Lebenshaltungskosten fortlaufend angepaßtes Kindergeld herbeigeführt wird.
- Die allgemeinen Leistungen des Familienlastenausgleichs müssen Vorrang haben. Sie sind zu ergänzen durch gezielte Leistungen, die auf besondere, vor allem für die Mehrkinderfamilie typische Situationen, abgestellt sind.
- Die Einführung eines Erziehungsgeldes soll in den ersten Lebensjahren des Kindes die unverzichtbare persönliche Zuwendung der Mutter ermöglichen und ihr die Entscheidung erleichtern, vorübergehend ihren Beruf aufzugeben.
- In der Wohnungsbaupolitik muß auf die Bedürfnisse der kinderreichen Familien noch stärker Rücksicht genommen werden; auch beim Wohngeld ist Kinderreichtum stärker als bisher zu berücksichtigen.
- Eine ausreichende, auf das Familieneinkommen abgestimmte Ausbildungsförderung muß auch in Zukunft gesichert sein, damit alle Familien in die Lage versetzt werden, ihren Kindern die geeignete Ausbildung zu ermöglichen.

Rheinland-Pfalz hat auf Initiative der CDU in den letzten Jahren bereits Schwerpunkte in der Familienpolitik gesetzt:

- Bei uns erhalten seit dem 1. Januar 1978 Familien bei der Geburt eines zweiten oder weiteren Kindes auf Wunsch ein Darlehen bis zu 8000,- DM. Das Land übernimmt einen Teil der Zinsen. Bei der Geburt eines weiteren Kindes werden 4000,- DM getilgt, der Rest wird bei einer nachfolgenden Geburt erlassen.

- Zur Sicherung des Unterhaltes der Kinder alleinerziehender Mütter und Väter werden in Rheinland-Pfalz über die Jugendämter Unterhaltsvorschüsseleistungen und Hilfe bei der Durchsetzung von Unterhaltsansprüchen gewährt.
- Kuren sollen Müttern die Möglichkeit bieten, von Krankheit zu genesen oder wieder körperliche und geistige Kräfte zu sammeln, ohne die ständige Belastung durch die Familie.
- Die CDU tritt dafür ein, Familien mit mehreren Kindern den gemeinsamen Erholungsurlaub finanziell zu erleichtern.

Unabhängigkeit und Hilfe im Alter

Die Lebenserwartung ist in den letzten Jahrzehnten ständig gestiegen. Der Anteil der älteren Mitbürger an der Gesamtbevölkerung hat erheblich zugenommen. Die CDU Rheinland-Pfalz hat bereits 1970 mit ihrem Altenplan eine neue Phase der Altenpolitik eingeleitet. Oberstes Ziel ihrer Altenpolitik ist es, materielle Sicherheit und soziale Unabhängigkeit der älteren Mitbürger zu verbessern und ihnen ein selbständiges und eigenverantwortliches Leben zu ermöglichen.

Grundlage der materiellen Unabhängigkeit im Alter ist die Sicherheit der Einkommen. Die CDU tritt deshalb für die Beibehaltung der bruttolohnbezogenen Rente ein, um den älteren Mitbürgern die Teilnahme am wachsenden Wohlstand zu sichern und sie gegen sozialen Abstieg zu schützen. Materielle Unabhängigkeit erleichtert die Teilnahme am sozialen Leben und wirkt so menschlicher Vereinsamung entgegen.

Der Weggang der Kinder aus dem Elternhaushalt und das Ausscheiden aus dem Berufsleben verlangen Umstellungen, die von vielen schwer vollzogen werden. Zu den bedeutsamen Aufgaben der Altenpolitik gehört deshalb die rechtzeitige und umfassende Vorbereitung auf das Alter. Durch erweiterte Informationen über die Lage der älteren Menschen, durch Beratungs- und Bildungsangebote für sie ist Verständnis für eine rechtzeitige und vielseitige Altersvorsorge zu wecken.

Neue Formen des gleitenden Übergangs vom Berufsleben in den Ruhestand sind notwendig. Teilzeitarbeit soll vor, aber auch nach Erreichen der Altersgrenze möglich sein. Durch die Änderung der flexiblen Altersgrenze gilt es, die Entscheidungsmöglichkeiten des einzelnen für einen früheren oder späteren Beginn des Rentenbezugs zu erweitern.

Ältere Menschen wollen nicht nur ausruhen, sie wollen Raum für eigene Aktivitäten haben. Insbesondere im Bereich der sozialen Dienste müssen neue Betätigungsmöglichkeiten eröffnet werden, die den Fähigkeiten und Neigungen älterer Mitbürger entsprechen.

Die CDU räumt – wie im Landesaltenplan vorgesehen – der offenen Altenhilfe weiter Vorrang ein. Die alten Menschen sollen solange wie möglich in ihrer gewohnten und vertrauten Umgebung bleiben können. Besondere Bedeutung haben dabei die ambulanten pflegerischen Dienste (Sozialstationen). Aber auch alle anderen sozialen Dienste müssen sich dieser Aufgabe in Zukunft noch stärker widmen.

Alte Menschen, die auf ein Heim angewiesen sind, müssen zwischen verschiedenen Möglichkeiten wählen können. Die Finanzierung der Heime und der Aufenthaltskosten muß im sozialen Sicherungssystem auf eine neue Basis gestellt werden, damit Heimbewohner nach lebenslanger Vorsorge in der Lage sind, ihren Lebensunterhalt selbst zu bestreiten. Der Bau von Altenpflegeheimen wird auch weiterhin ein Schwerpunkt sein.

Die CDU will das bessere Verständnis der Generationen untereinander fördern. Die verbreitete negative Grundeinstellung zum Altern muß abgebaut werden; die Älteren müssen Verständnis für die Probleme der Jungen und Jüngeren aufbringen.

Behinderten helfen

Alle Behinderten brauchen die Solidarität ihrer Mitbürger. Die Eingliederung der körperlich, geistig oder seelisch behinderten Menschen in die Gesellschaft, in Arbeit und Beruf – also ihre Rehabilitation – war und bleibt das Ziel der Behindertenpolitik der CDU Rheinland-Pfalz. Diese Politik ist darauf ausgerichtet, die Nachteile und

Erschwernisse auszugleichen, die sich aus einer Behinderung ergeben. Die Rehabilitation der Behinderten muß sich an ihren Vorstellungen und individuellen Möglichkeiten ausrichten und die Angehörigen als Partner mit einbeziehen. Auf Initiative der CDU wurde 1975 bereits ein umfassender Plan für behinderte Menschen verabschiedet. Rheinland-Pfalz hat damit ein Beispiel gegeben, welche Hilfen ein Land – gemeinsam mit den freien Trägern, Behindertenverbänden und Kommunen – den betroffenen Mitbürgern anbieten kann. Inzwischen stehen den Behinderten abgestufte und vielseitige Hilfen und Einrichtungen in allen Landesteilen zur Förderung, Betreuung und Pflege zur Verfügung. Mehr als 80 Prozent der behinderten drei- bis sechsjährigen Kinder gehen bereits in für sie geeignete Kindergärten; 1979/80 besuchten alle behinderten Kinder Schulen, in denen sie eine besondere pädagogische Förderung erhalten; Berufsbildungswerke vermitteln behinderten Jugendlichen ihre berufliche Erstausbildung. Die Ausbildung und Umschulung behinderter Erwachsener wird durch die Berufsförderungswerke sichergestellt.

In den nächsten Jahren kommt es darauf an, dieses unter großen Anstrengungen des Landes geschaffene Angebot an Hilfen aufrechtzuerhalten und wo nötig zu ergänzen.

- Um Behinderungen vorzubeugen, werden Aufklärung und Beratung verstärkt fortgesetzt.
- Weitere Zentren der Frühförderung müssen eingerichtet werden. Die Eltern müssen noch stärker in die Erstbetreuung und Förderung der Kinder einbezogen werden.
- Die Zahl der Plätze in Werkstätten für Behinderte, die wegen Art und Schwere ihrer Behinderung darauf angewiesen sind, muß erheblich erhöht werden.
- Die großzügige Regelung des Landespfegegeldgesetzes soll die durch die Behinderung notwendigen Mehraufwendungen ausgleichen und den Angehörigen finanziell dabei helfen, dem Behinderten durch häusliche Pflege die vertraute Umgebung zu erhalten.
- Der Bau behindertengerechter Wohnungen und die Entwicklung neuer Wohnmöglichkeiten für Behinderte werden auch künftig gefördert. Öffentliche Einrichtungen sind behindertengerecht auszustalten.
- Die Aufnahme in Vollzeithäuser wird möglichst auf Schwerstbehinderte und ältere Behinderte beschränkt.

Die bestehenden Heime werden modernisiert und den individuellen Erfordernissen besser angepaßt.

- Zur Unterstützung der Betreuungsarbeit von Eltern und Angehörigen von Schwerstbehinderten ist der Ausbau weiterer Tageseinrichtungen erforderlich.

Mitmenschliche Hilfe organisieren: Sozialstationen

Auf Initiative der CDU wurden die sozialpflegerischen Dienste in Rheinland-Pfalz in der Form der Sozialstationen neu organisiert. Dabei handelt es sich um die Bündelung verschiedener ambulanter, gesundheits- und sozialpflegerischer Dienste auf überörtlicher Ebene. Die Sozialstationen haben nicht nur in Rheinland-Pfalz, sondern auch im ganzen Bundesgebiet Anerkennung gefunden. Ihr Erfolg beruht auf der partnerschaftlichen Zusammenarbeit des Landes, der freigemeinnützigen Träger und vieler ehrenamtlicher Mitarbeiter, die den Sozialstationen ihre Hilfe angeboten haben.

Hauptaufgabe der Sozialstationen ist die pflegerische Betreuung alter und kranker Menschen in ihrer vertrauten häuslichen Umgebung. Dazu gehören auch eine enge Zusammenarbeit mit den niedergelassenen Ärzten, den Krankenhäusern, Alteneinrichtungen, Ausbildungsstätten und Behörden. Ein weiteres Ziel der Sozialstationen ist es, die Möglichkeit der Nachbarschaftshilfe verstärkt zu erschließen.

Bis zum Jahre 1980 werden allen Bürgern in Rheinland-Pfalz die Dienste der Sozialstationen zur Verfügung stehen. Damit wird diese 1970 begonnene sozialpolitische Pionierleistung der CDU dieses Landes erfolgreich abgeschlossen.

Ein bedarfsgerechtes und leistungsfähiges Gesundheitswesen

In der Gesundheitspolitik hat die CDU Wege aufgezeigt, den Fortschritt in der Medizin allen Bürgern auch ohne Verstaatlichung zugute kommen zu lassen. Bei dem Ausbau eines bedarfsgerechten und leistungsfähigen Gesundheitswesens wird die Zumutbarkeit der Entfernung zu den Arztpraxen, Krankenhäusern und Sozialstationen ebenso eine Rolle spielen wie die langfristige finanzielle Sicherung des gesamten Gesundheitssystems. Wirtschaftlichkeit in der medizinischen Versorgung der Bevölkerung und hohe Qualität der Leistungen schließen sich gegenseitig nicht aus. Vielmehr wird deutlich, daß die Interessen der Bürger dann am besten gewahrt werden, wenn alle am Gesundheitswesen Beteiligten ihr Handeln auch an ökonomischen Gesichtspunkten orientieren. Die Erfordernisse der Medizin und der sozialen Gerechtigkeit werden dabei nicht aus dem Auge verloren.

In der Gesundheitspolitik stehen für die CDU zunächst die Gesundheitserziehung und Gesundheitsvorsorge im Vordergrund. Durch gesundheitsbewußte Lebensführung und die selbstverantwortliche Inanspruchnahme von Vorsorgemaßnahmen kann der einzelne Bürger Krankheiten vorbeugen. Die CDU Rheinland-Pfalz setzt sich dafür ein, durch umfassende Information der Bevölkerung in der Schule, in der Erwachsenenbildung, in Zeitung, Rundfunk und Fernsehen das Gesundheitsbewußtsein zu schärfen. Der schulärztliche Vorsorgedienst ist auszubauen.

Die ambulante ärztliche und zahnärztliche Versorgung bleibt auch weiterhin der Schwerpunkt der medizinischen Betreuung der Bevölkerung.

- Regionale und strukturelle Engpässe werden in Zusammenarbeit mit den ärztlichen Selbstverwaltungskörperschaften, den Krankenkassen, kommunalen Gebietskörperschaften und staatlichen Institutionen beseitigt.
- Ein Bedarfsplan für die ambulante ärztliche Versorgung und verstärkte Zusammenarbeit der niedergelassenen Ärzte tragen dazu bei, die Leistungsfähigkeit des Systems zu verbessern und die freie Arztwahl zu gewährleisten.

Ziel der CDU Rheinland-Pfalz bleibt es, ein bedarfsgerechtes, gegliedertes und leistungsfähiges System von Krankenhäusern der Grund- und Regelversorgung,

von Schwerpunktkrankenhäusern sowie von Fachkrankenhäusern zu sichern. Sie orientiert ihre Politik an der Sorge für den Patienten. Das heißt, daß bei aller Bejahung des Fortschrittes in der Medizin die unmittelbare menschliche Zuwendung durch den Arzt und das pflegerische Personal nicht zu kurz kommen darf. Dieser Zielsetzung dient auch der Krankenhauszielplan aus dem Jahre 1977. Er ist Grundlage für das Bemühen, auch in Zukunft ein leistungsfähiges und humanes Krankenhauswesen zu erhalten. Dabei ist selbstverständlich, daß bei der Krankenhauszielplanung jeder Einzelfall sachbezogen und gerecht entschieden wird.

Psychisch Kranken kann heute erfolgreicher und besser geholfen werden, als noch vor wenigen Jahren für möglich gehalten wurde. Bestehende rechtliche, finanzielle und soziale Benachteiligungen der psychisch Kranken sind zu beseitigen, um ihrer Gleichstellung mit körperlich Kranken näherzukommen. Der Schwerpunkt der Versorgung psychisch Kranker liegt auch künftig im ambulanten und rehabilitativen Bereich. Tageskliniken, Übergangsheime und beschützende Werkstätten und Arbeitsplätze sind vermehrt zu fördern, insbesondere Einrichtungen für psychisch kranke Kinder, Jugendliche und alte Menschen.

Die Mitwirkung von Laienhelfern ist unersetzbar, wenn die psychisch Kranken und geistig Behinderten ihren Platz in der Gesellschaft finden sollen.

Wirksame Gefahrenabwehr und Rettung

Die ersten Minuten nach einem Unfall sind entscheidend dafür, ob ein Menschenleben gerettet werden kann; die Verbesserung des Rettungswesens bleibt deshalb eine ständige Aufgabe. Die CDU Rheinland-Pfalz hat daher in den letzten Jahren bei der organisatorischen und finanziellen Neuordnung des Rettungsdienstes die Initiative ergriffen. Es wurden 18 Rettungsbereiche gebildet. Die technische Ausstattung der Rettungsleitstellen zur Entgegennahme und Koordinierung von Notrufen aller Art ist im wesentlichen abgeschlossen.

- Das Netz der Notarztwagen muß weiter ausgebaut werden. In diese Erweiterung wird auch der Transport für Früh- und Neugeborene einbezogen.

- In Gebieten, in denen keine Krankenhäuser vorhanden sind, muß der Einsatz von Notärzten durch bessere Zusammenarbeit mit dem ärztlichen Notfalldienst erreicht werden.
- Es müssen mehr Notruftelefone an Bundes- und Landesstraßen aufgestellt werden, damit Polizei und Rettungsdienst schneller Hilfe leisten können.

Technik allein reicht jedoch nicht aus. Die Ausbildung von Rettungssanitätern durch die vier Sanitätsorganisationen muß weiterhin gefördert werden.

Die Folgen von Unfällen und Bränden nehmen heute immer größere Ausmaße an. Durch die Neuorganisation des Brandschutzes und der technischen Hilfe in Rheinland-Pfalz wurde diese Entwicklung berücksichtigt. Ausrüstung und Ausbildung wurden modernisiert. Ohne den freiwilligen und ehrenamtlichen Einsatz unserer Feuerwehrleute, der sich hervorragend bewährt hat, wären die Aufgaben, die heute dem Staat und den Kommunen in diesem Bereich gestellt sind, nicht zu erfüllen. Es ist deshalb die Pflicht des Staates, die Männer und Frauen, die ihre Freizeit zur unentgeltlichen Hilfe zur Verfügung stellen, so auszurüsten, daß sie ihre Tätigkeit möglichst ohne Gefahr für ihre Gesundheit und ihr Leben ausüben können.

Die CDU hat dafür gesorgt, daß in den vergangenen zwei Jahren erhebliche Mittel für den Bau von Feuerwehrhäusern, für Fahrzeuge, Geräte und sonstige Ausrüstungen der Feuerwehr aufgewendet wurden. In Zukunft gilt es, das Stützpunktnetz der Feuerwehr planmäßig weiter auszubauen.

Die Gesundheit durch Lebens- mittelkontrollen schützen

Die CDU will den Verbraucher vor gesundheitlichen Schäden und vor Täuschung bewahren. Deshalb hat sie den Aufbau einer wirksamen Lebensmittelkontrolle unterstützt. Mehr als 30 geschulte Fachleute sorgen heute dafür, daß das Lebensmittelgesetz eingehalten wird. Diese Kontrollen sollen noch verstärkt werden.

Den öffentlichen Gesund- heitsdienst ausbauen

Die Beratung der Bevölkerung in Gesundheitsfragen und die notwendigen vorbeugenden Maßnahmen stellen hohe Anforderungen an die Funktionsfähigkeit des öffentlichen Gesundheitsdienstes. Die CDU Rheinland-Pfalz wird den Schwerpunkt ihrer Arbeit darauf legen, die personelle Situation im öffentlichen Gesundheitsdienst zu verbessern. Bei einer organisatorischen Neuordnung müssen durch Spezialisierung der Aufgabenbereiche und durch eine Modernisierung der rechtlichen und organisatorischen Grundlagen die Anreize für den ärztlichen Nachwuchs verstärkt werden.

Drogensucht und Alkoholismus eindämmen und heilen

Alkohol-, Drogen- und Medikamentensucht sind in der Bundesrepublik Deutschland noch immer auf dem Vormarsch. Die Gefahr, daß vor allem junge Menschen in die Abhängigkeit von Drogen geraten und damit ihre Gesundheit und Persönlichkeit zerstören oder gar ihr Leben verlieren, wächst von Tag zu Tag. Der Drogensucht muß durch verstärkte Aufklärung über die Auswirkungen des Mißbrauchs, die Aufdeckung der sozialen Ursachen, durch den Ausbau der Beratungsdienste und der stationären therapeutischen Einrichtungen sowie durch eine entschlossene Anwendung der Strafgesetze Einhalt geboten werden. Der Vorbeugung und Früherkennung des Alkohol- und Drogenmißbrauchs bei Jugendlichen ist bei der Bekämpfung der Suchtgefahr Vorrang einzuräumen.

Die CDU begrüßt die Bildung von Sondereinheiten der Polizei zur Bekämpfung derjenigen, die durch den Handel mit Rauschgift aus Unwissenheit und seelischer Not junger Menschen ein Geschäft machen.

Sie gehören zu uns: Aussiedler müssen schnell ihren Platz unter uns finden

Bei der Aufgabe, die deutschen Aussiedler aus den ost- und südosteuropäischen Staaten so rasch wie möglich wirtschaftlich, sozial und gesellschaftlich einzugliedern, müssen sich unsere soziale, mitmenschliche und nationale Verantwortung bewähren. Eine wirksame Eingliederung kann nicht vom Staat verordnet werden. Freigemeinnützige Verbände und Organisationen sowie der einzelne Bürger bleiben hier zur Mitarbeit aufgefordert.

Vor allem kommt es darauf an,

- die Öffentlichkeit gezielt über die Probleme der Aussiedler zu informieren;
- die Aussiedler unter Berücksichtigung der Familiensituation über die Möglichkeiten in Berufsausbildung, Schule und Studium seitens der Behörden zu beraten;
- die Sprachförderung der schulpflichtigen Aussiedlerkinder in den allgemeinbildenden Schulen und den Berufsschulen zu verstärken;
- den Aussiedlern vor allem die Teilnahme am Leben in ihrer neuen Umgebung zu erleichtern und sie bei der Arbeitsplatzbeschaffung und Wohnungssuche zu unterstützen;
- Kontakte zwischen einheimischen Familien und Aussiedlerfamilien anzubauen.

Sie gehören zu uns: Ausländische Arbeitnehmer nicht allein lassen

Ausländerpolitik darf nicht auf Angleichung und Aufgabe der kulturellen Eigenständigkeit gerichtet sein. Die Fähigkeit zur Rückkehr soll möglichst erhalten bleiben und auch von den Herkunftsändern gepflegt werden. Eine allgemeine zwangsweise Begrenzung des Aufenthaltes lehnt die CDU jedoch ab. Es ist davon auszugehen, daß viele Ausländer, vor allem aus der in der Bundesrepublik Deutschland aufgewachsenen jungen Generation, auf Dauer hierbleiben werden.

Es bleibt das Ziel der Union, die soziale Gleichstellung der in unserem Lande lebenden ausländischen Arbeitnehmer und ihrer Familien zu erreichen. Fremde Lebensverhältnisse und Sprachschwierigkeiten dürfen nicht dazu führen, daß sie auf Dauer eine isolierte Randgruppe bilden.

- Der Anwerbestopp für Gastarbeiter muß grundsätzlich aufrechterhalten werden.

- Durch eine Konkretisierung ausländerrechtlicher Bestimmungen muß der ausländische Arbeitnehmer mehr Sicherheit in seinem Aufenthaltsstatus erhalten.
- Die Verbände der freien Wohlfahrtspflege nehmen sich vor allem der jungen Ausländer an, um ihre Zukunftschancen zu verbessern. Die CDU wird weiterhin die staatliche Förderung dieser Beratungs- und Betreuungsarbeit unterstützen. Insbesondere den Kindern muß geholfen werden, in Vorbereitungsklassen und durch Sprachunterricht Zugang zu Bildungs- und Berufschancen zu finden.
- Der Träger der öffentlichen Jugendhilfe, die Jugendverbände und -organisationen sind aufgefordert, die ausländischen Kinder und Jugendlichen stärker in ihre Arbeit einzubeziehen. Die CDU unterstützt die Bemühungen des Landessportbundes und der Sportvereine, Ausländer als aktive Mitglieder aufzunehmen.

Die Voraussetzungen für menschliches Wohnen verbessern

Die CDU Rheinland-Pfalz hat mit ihrer Wohnungsbaupolitik in den vergangenen Jahren für gesündere und moderne Wohnungen gesorgt. In unseren Städten und Gemeinden gibt es aber auch immer noch Wohnungsnot, vor allem bei sozial Schwachen, bei kinderreichen und jungen Familien, bei älteren Menschen, deutschen Aussiedlern und ausländischen Arbeitnehmern. Sie sind häufig nicht in der Lage, den für sie angemessenen Wohnraum ohne öffentliche Hilfe zu finden. Ihnen dabei durch Wohnungsbau zu helfen, ist eine Forderung sozialer Gerechtigkeit. Wie bisher wird die Wohnungsbaupolitik der CDU darauf gerichtet sein, die Bildung von Eigentum für breite Schichten der Bevölkerung zu erleichtern. Zur Vermögensbildung ist eine vernünftige Privatisierung des Wohnungsbestandes großer Wohnungsbaugesellschaften anzustreben.

- Überalterte Bausubstanz muß den veränderten Wohnbedürfnissen der Bevölkerung durch Maßnahmen der Stadt- und Dorferneuerung angepaßt werden. Der Modernisierung gewachsener Wohn- und Baustrukturen ist dabei Vorrang vor einer Flächensanierung mit Abriß und Neubebauung zu geben.

- Die Attraktivität der Stadtkerne muß gesichert und verbessert werden. Dazu muß die Wohnfunktion und der Freizeitwert der Innenstädte erhalten und verbessert werden. Die Erhaltung und Modernisierung des vorhandenen Altwohnbestandes genießt dabei Vorrang.
- Für Eigenheime muß geeignetes Baugelände bereitgestellt und erschlossen werden. Dabei sind vor allem Familien mit Kindern zu berücksichtigen.
- Wohnungen und Arbeitsstätten müssen nach Lage und Umfang so zugeordnet und miteinander verbunden werden, daß sowohl aufwendige Pendlerzeiten als auch eine Beeinträchtigung des Wohnwertes durch industrielle Anlagen weitgehend vermieden werden.
- Neubaugebiete dürfen nicht isoliert bleiben, sondern müssen vielfältig in das soziale und kulturelle Leben der Gemeinde einbezogen werden.
- Mit der Förderung der Bauqualität und der Baukultur muß eine Tradition unseres Landes fortgesetzt werden, die sich offen für neue architektonische Entwicklungen zeigt und den Menschen- wie Gesellschaftsbezug jeder Bautätigkeit in den Vordergrund stellt.

Mit Sport Leben in die Freizeit bringen

Sport verbindet spielerische Freude und persönliche Leistung mit dem Erlebnis von Gemeinschaft, zugleich dient sinnvolle sportliche Betätigung der Erhaltung oder der Wiederherstellung der Gesundheit. Die Anziehungskraft des Sports wächst ständig: 1978 waren fast eine Million Bürger unseres Landes Mitglied eines Turn- und Sportvereins.

Im Sport hat die freie Initiative des einzelnen und der freien Träger – vor allem der Turn- und Sportverbände – Vorrang vor staatlichem Handeln. Auf Initiative der CDU hat Rheinland-Pfalz als erstes Bundesland ein Sportförderungsgesetz verabschiedet, das die Förderung des Sports in voller Anerkennung seiner notwendigen Unabhängigkeit vom Staat zur öffentlichen Aufgabe macht. Die CDU wird sich auf Bundesebene für eine stärkere steuerliche Entlastung der Vereine einsetzen. Dem Landessportbund mit seinen angeschlossenen freien Organisationen wird ein Anspruch auf finanzielle

Unterstützung durch das Land garantiert. Die Sportorganisationen sind berechtigt, die öffentlichen Sport-, Spiel- und Freizeitanlagen kostenfrei zu nutzen. Vereine mit eigenen Sportstätten sollen stärker gefördert werden.

- Ziel der Sportpolitik ist es, dem Bürger in allen Landesteilen in zumutbarer Entfernung, möglichst in Wohnungsnähe, Sport-, Spiel- und Freizeitanlagen zur Verfügung zu stellen. Deshalb wird die CDU darauf drängen, daß Städte und Gemeinden ihrer Verpflichtung, Sportstättenpläne zu erstellen, nachkommen.
- Die Sporteinrichtungen müssen den besonderen Belangen des Schul- und Vereinssportes, des Wettkampf- und Freizeitsportes sowie der Erholung und dem Fremdenverkehr Rechnung tragen.
- Wälder, Gewässer und die freie Flur müssen unter Beachtung von Natur- und Landschaftsschutz für Bewegung, Turnen, Spiel und Sport frei zugänglich bleiben oder wieder gemacht werden.

Die Sportförderung berücksichtigt in gleicher Weise Freizeit-, Breiten- und Leistungssport. Die Bestrebungen der Vereine, Kindern und Müttern, körperlich und geistig Behinderten und älteren Menschen ein Angebot zu sportlicher Betätigung zu machen, wird die CDU besonders fördern.

Die CDU tritt dafür ein, einen größeren Kreis von Breiten- und Freizeitsportlern in die sportärztliche Betreuung einzubeziehen. Außerdem ist zu überprüfen, ob schulärztliche Untersuchungen stärker auf Fragen der Sporttauglichkeit erstreckt werden können.

Sport ist unverzichtbarer Bestandteil von Erziehung und Bildung. Die CDU wird sich dafür einsetzen, daß in den Kindergärten, an den allgemeinbildenden Schulen, den Berufsschulen, den Sonderschulen und den Hochschulen dem Sport und Spiel breiterer Raum eingeräumt wird. Ziel des Sportunterrichts muß es sein, in jedem Kind und Jugendlichen die Freude am Sport und den Wunsch zu einer lebenslangen sportlichen Betätigung zu wecken.

IV. Augenmaß und Kontinuität in der Bildungspolitik

Mit der Gestaltung des Bildungswesens sagt eine Gesellschaft, was sie von ihrer Zukunft und was sie vom Menschen hält.

- Bildung ist für den einzelnen wichtig: Sie führt ihn zu sich selbst.
- Bildung ist für die lebendige Demokratie wichtig: Sie ermöglicht Teilnahme am gegenwärtigen und zukünftigen Geschehen; sie führt zu Urteilsfähigkeit und selbständigen Handeln.
- Bildung ist für unsere Gesellschaft wichtig: Sie ist Brücke zum Mitmenschen und Basis der geistigen und wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit unseres Volkes.

Bildung wird persönlich erworben, aber sie ist mehr als Privatsache. Der Staat ist verpflichtet, die unterschiedlichen Begabungen und Fähigkeiten zu fördern sowie Leistungsbereitschaft durch angemessene Forderungen zu stärken. Junge Menschen müssen verantwortete Freiheit erfahren, Toleranz lernen und leben, konstruktive Kritik üben und lernen, sich zu entscheiden. Bildung vermittelt heißt, das kulturelle Erbe unseres Volkes an die junge Generation weiterzugeben und sie lehren, zu verändern und zu bewahren.

Die Bildungspolitik der CDU Rheinland-Pfalz hat entscheidend dazu beigetragen,

- ein der Vielfalt menschlicher Fähigkeiten entsprechendes differenziertes, gegliedertes Schul- und Hochschulsystem zu entwickeln,
- regionale Unterschiede im Bildungsangebot auszugleichen,
- Chancengerechtigkeit konkret zu verwirklichen.

Für eine geistig offene Bildungspolitik

Grundlage der Bildungspolitik in Rheinland-Pfalz ist das Recht seiner Bürger, ihr Leben in Freiheit zu gestalten. Die CDU achtet das Erziehungsrecht der Eltern. Elternhaus und Schule verwirklichen ihren Erziehungsauftrag in Partnerschaft.

Für ein staatliches Bildungsmonopol ist in Rheinland-Pfalz kein Platz. Schulen in freier Trägerschaft bereichern und ergänzen das Bildungsangebot. Eltern und Schüler haben die Wahl zwischen Schulen verschiedener Prägung.

Die CDU sichert die freiheitliche, an den Werten des Grundgesetzes orientierte Gestaltung der Schulen. Die Kinder sollen in freiheitlichem Geist aufwachsen und ihre eigenen weltanschaulichen Überzeugungen in Achtung vor anderen Meinungen besitzen, vertiefen und vertreten können. Die CDU in Rheinland-Pfalz hat im Bildungswesen Offenheit statt Indoktrination, Bindung an die Werte des Grundgesetzes statt Bindungslosigkeit gewollt und durchgesetzt.

Sie wird das Zusammenwirken von Lehrern, Eltern und Schülern weiter verstärken und Schülerbeiräte auf Landes- und Bezirksebene in allen Schularten fördern.

Für ein klar gegliedertes, durchlässiges System von Bildungsangeboten

Die CDU in Rheinland-Pfalz setzt sich für ein Bildungssystem ein, das fördert und fordert; nicht jedem den gleichen, aber jedem seinen Bildungsweg. Für uns sind unterschiedliche Bildungsgänge gleichwertig.

- Die vorschulische Förderung wird in Rheinland-Pfalz nicht verschult; die Schulpflicht wird nicht vorverlegt. Schulpflichtige, aber noch nicht schulreife Kinder erhalten in Schulkindergärten die ihrem Reifegrad entsprechende gezielte Förderung. Der weitere Ausbau dieser Einrichtungen wird zügig vorangetrieben.
- Die Schularten berücksichtigen individuelle Begabungen, Fähigkeiten und Interessen und stellen unterschiedliche Angebote dar.
- Das Schulsystem von Rheinland-Pfalz verbindet Beständigkeit und Weiterentwicklungschancen. Jede Schulart und jede Stufe eröffnet entweder neue Möglichkeiten weiterführender Bildung und Ausbildung oder führt zu einem Abschluß, der Zugang zur Berufstätigkeit erschließt.

- Die Sonderschule ermöglicht dem Schüler einmal den Zugang zu verschiedenen beruflichen Tätigkeiten, aber auch vollwertige Abschlüsse. Sie hilft ihm aber vor allem zu der ihm möglichen Selbständigkeit. Die CDU hat der Ausgestaltung der Sonderschulen besonderen Raum gegeben, weil die Menschlichkeit einer Gesellschaft an ihrer Einstellung zum Behinderten zu messen ist. Auch die Eltern dieser Kinder brauchen aktive Hilfe. Die CDU setzt sich aber mit gleichem Nachdruck dafür ein, daß nicht jede Erziehungs- und Verhaltensschwierigkeit zum Anlaß für eine Zuweisung zur Sonderschule genommen wird. Der Unterstützung in einer Sonderschule bedarf das behinderte Kind, nicht aber das Kind mit behebbaren Erziehungsschwierigkeiten.
- Die berufliche Bildung ist von der CDU Rheinland-Pfalz früh aus ihrer Vernachlässigung herausgeholt worden. Das hat 1973 zu dem „Aktionsprogramm für eine bessere berufliche Bildung“ geführt. Auf Initiative der CDU wurde dieses Programm den neuen Bedingungen entsprechend fortgeschrieben. Sie hat sich in Bund und Land dafür eingesetzt, die Bildungspolitik nicht nur am Abitur auszurichten, sondern der beruflichen Bildung den gleichen Rang zu geben. Das Zusammenwirken von Schule und Betrieb (duales System) sichert die Praxisnähe der Ausbildung und die Erfolgserfahrung des Schülers mit praktischen Fähigkeiten. Es reagiert auf wechselnde Nachfrage elastisch und vermittelt dem Berufsschüler in der Schule Erfahrungen, Kenntnisse und eine Erziehung, die er als künftiger Staatsbürger braucht.
- Im Hochschulbereich ist angesichts der starken Jahrgänge, die jetzt an die Hochschulen und Universitäten drängen, die Erhöhung der Zahl der Studienplätze von besonderer Bedeutung. Das darf jedoch nicht auf Kosten der Qualität gehen. Die CDU wird durch ihre Politik die Forschung gegen Niveauverluste absichern. Wissenschaft und Forschung von heute sichern die Qualität der Lehre von morgen, entscheiden über das Arbeitsplatzangebot und die Wettbewerbsfähigkeit und bringen mit der Frage nach der Wahrheit grundlegende Wertmaßstäbe in unsere Gesellschaft ein. Sie hat sich nachdrücklich und erfolgreich für die Förderung junger Wissenschaftler eingesetzt und den Ausbau von Studienplätzen vor allem in den früher hochschulfernen Regionen des Landes

vollzogen. Die Erweiterung der neugegründeten Universitäten Trier und Kaiserslautern und der Fachhochschule, mit ihren auf die Regionen verteilten Abteilungen, hat weiterhin Vorrang, weil sie die Chancengerechtigkeit verbessert. Der Ausbau gilt künftig vor allem solchen Studienrichtungen, in denen erkennbare Berufsmöglichkeiten vorhanden sind. Deshalb wurden auch nichtlehramtsbezogene Studiengänge an der Erziehungswissenschaftlichen Hochschule eingerichtet. Es geht um die Chancen der jungen Generation.

- Die Weiterbildungseinrichtungen stellen jedem Bürger ein breitgefächertes und systematisches Angebot von Bildungsmöglichkeiten zur Verfügung, das Kenntnisse zu erweitern und zu vertiefen hilft, zusätzliche Qualifikationen erwerben läßt und das eigenverantwortliche Handeln im persönlichen, beruflichen und öffentlichen Leben stärkt. Weiterbildung ergänzt die Erstausbildung, baut die Angst ab, beruflich oder familiär zum „alten Eisen“ zu gehören, ist Antwort auf die Herausforderungen einer sich ständig ändernden Welt.
- Das Konzept der CDU ist von zwei Grundsatzentscheidungen geprägt: Es beruht auf einer aktiven Zusammenarbeit von freien Trägern und Volkshochschulen. Damit wird jeder staatliche Dirigismus abgelehnt.
- Durchlässigkeit des Bildungswesens bedeutet, daß in Rheinland-Pfalz auch über den zweiten Bildungsweg differenzierte Abschlüsse einschließlich der Hochschulreife erlangt werden können.
- Die Musikschule erweitert die Möglichkeiten musischer Betätigung und menschlicher Entfaltung. Sie vermittelt Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen eine musikalische Grundbildung; sie will dabei Begabungen frühzeitig erkennen und individuell fördern. Sie bildet den Nachwuchs für das Laien- und Liebhabermusizieren heran, kann aber auch die Vorbereitung auf eine berufliche Fachausbildung übernehmen.

Das Netz der Schulen und Bildungseinrichtungen wurde immer dichter

Das Ziel, überall im Lande in zumutbarer Entfernung vom Wohnort ein vielfältiges Angebot an Schullaufbahnen mit weiterführenden Qualifikationen anzubieten, ist praktisch erreicht. Das Ziel, rund 300 Hauptschulen einzurichten, ist nahezu verwirklicht; die Mehrzahl ist in Neubauten untergebracht.

Der Schwerpunkt der Schulbauförderung lag in den letzten Jahren bei den berufsbildenden und den Sonderschulen.

Bei Sonderschulen, Realschulen und Gymnasien standen neben deren Ausbau und Neugründung auch ihre räumliche Verbindung in Schulzentren im Vordergrund. Vor allem in den Randzonen der Verdichtungsräume wurden Neubauten errichtet. Sport- und Turnhallen sollen je nach Bedarf errichtet werden.

Beratung und finanzielle Hilfen für Eltern und Schüler

Vielfältige Beratungsdienste wurden aufgebaut. Sie informieren über die verschiedenen Bildungswege in Schule, Hochschule und Beruf, über Berufschancen und Möglichkeiten persönlicher und finanzieller Förderung. Sie helfen bei Lern- und Verhaltensschwierigkeiten des einzelnen Schülers. Ein notwendiger weiterer Ausbau wird angestrebt.

Eine gezielte Förderung von Schülern und Studierenden gewährleistet, daß auch die Kinder aus einkommensschwachen oder kinderreichen Familien und in dünnbesiedelten Gebieten mit längeren Schulwegen von dem Bildungsangebot des Landes vollen Gebrauch machen können. In der Fahrtkostenerstattung für Schüler steht Rheinland-Pfalz unter den Ländern der Bundesrepublik ganz vorn. Dies ist Realisierung von Chancengerechtigkeit und von Gleichrangigkeit zwischen Stadt und Land.

Es bleibt das Ziel der CDU, die Erstattung der Lernmittelkosten Schritt für Schritt zu erweitern, aber am Grundsatz der Selbstbeteiligung festzuhalten.

Mit neuen Herausforderungen fertig werden

Die Bedingungen für Schule, Unterricht, Studium, Berufsausbildung haben sich in den letzten Jahren deutlich verbessert. Trotz steigender Schülerzahlen ist die Zahl der Schüler, die ein Lehrer im Durchschnitt zu unterrichten hat, kleiner geworden, weil immer mehr Lehrer eingestellt wurden. Vieles ist erreicht und selbstverständlich geworden. Behebbare Mängel werden Schritt für Schritt beseitigt.

So sind kleinere Klassen, der Abbau von Unterrichtsausfall und „Lehrerfeuerwehr“ für langfristige Krankheitsvertretungen für die CDU selbstverständliche, aber nicht die einzigen Ziele.

Es gilt, mit den neuen Herausforderungen fertig zu werden:

Die Geburtenziffer schrumpft in der Bundesrepublik in erheblichem Ausmaß. 1969 wurden in Rheinland-Pfalz rund 54 000 Kinder geboren, 1977 waren es nur noch 34 000; davon mehr als 2600 Ausländerkinder. In Rheinland-Pfalz nimmt somit die Zahl der Grundschüler, der Hauptschüler in kurzer Zeit um fast 50 Prozent ab. Gleichzeitig aber durchlaufen starke Jahrgänge die berufliche Ausbildung und die Oberstufen der Gymnasien. Sie haben Ansprüche auf die gleichen Bildungschancen wie die Jahrgänge vor und nach ihnen. Solidarität der Generationen muß gleichrangig gelten für die Alterssicherung und die Ausbildung der jungen Generation. Die CDU in Rheinland-Pfalz wird dabei die Ansprüche des Schülers von heute und die Belastungen des Steuerzahlers von morgen beachten. Notwendig sind einerseits Lehrerstellen und Schulbauten für den dauernden Bedarf, andererseits elastische Maßnahmen für den Schüler- und Studentenberg. Überkapazitäten auf Dauer zu schaffen ist unverantwortlich.

Schule und Hochschule dürfen nicht in die Isolation geraten. Schule und Hochschule müssen darauf achten, zum kulturellen, sozialen, ökonomischen, politischen Geschehen Kontakt zu behalten.

Bildungsabschlüsse dürfen nicht an die schwankende Nachfrage des Arbeitsmarktes gebunden werden; aber ein Bildungssystem, das nicht an den Möglichkeiten des Arbeitsmarktes orientiert ist, führt zu menschlicher Enttäuschung, sozialer Unruhe und verminderter Wettbewerbsfähigkeit.

Der wirtschaftliche Strukturwandel hat schlagartig die Gefahren sichtbar gemacht, die aus der Abkopplung des

Bildungssystems vom Beschäftigungssystem entstehen können. Besonders deutlich wird dies aus der Kluft zwischen den Mangelberufen und der Ausbildung der Beschäftigungssuchenden. Akademikerüberhang, Facharbeitermangel, zu geringe berufliche Mobilität und fehlende berufliche Qualifikation sind die Stichworte für diese Probleme. Bildungssystem und Beschäftigungssystem müssen daher besser aufeinander abgestimmt werden.

Schule ist auch Antwort auf die geistige und soziale Entwicklung einer Gesellschaft, und sie beeinflußt sie. Lernstoff und Bildungsvermittlung müssen wissenschaftlich orientiert und auch methodisch angemessen vertreten sein. Aber: Aus Wohltat darf nicht Plage werden! Wer jede denkbare Zukunftssituation in der Schule vorbereiten will, maßt sich nicht erreichbare Voraussicht an, verursacht Schlußstreß und beansprucht die Kinder durch Schule und Ausbildung über Gebühr.

Erfolg und Lebensglück können in Schulbänken grundgelegt, aber nicht garantiert werden. Schule kann sich deshalb nicht darauf beschränken, Wissen zu vermitteln, sie muß auch ihren Beitrag zur Erziehung leisten. Dies ist ein Grund, warum die Schule nicht Konflikttheorie, sondern Wertorientierung vermitteln soll.

Bildung umfaßt mehr als das, was die Schule zu vermitteln vermag. Die Schule darf deshalb nicht so beherrschend werden, daß Schulerfolg zum einzigen Maßstab des Selbstwertes wird.

Wir setzen im Bildungswesen konkrete Schwerpunkte

Der Rückgang der Schülerzahlen in den Grundschulen ist für uns kein Anlaß zu einer Schulschließungswelle. Wir wollen die Grundschule möglichst am Wohnort belassen, auch wenn dies mehr Lehrer erfordert.

Dem Leistungsstreß in der Grundschule wird die CDU durch Ausbau der Beratung und entsprechende Lehrpläne entgegenwirken. In der Grundschule hat das Zusammenwirken von Eltern und Schule besondere Bedeutung. Chancengerechtigkeit als Zielsetzung hat uns u. a. dazu geführt, für jedes Kind im 4. Grundschuljahr ein Gutachten über seine schulische Eignung zu fordern. Unbeschadet der eigenen Wünsche müssen Eltern über die Empfehlung der Schule in jedem Fall informiert sein.

Es entspricht unserem Konzept, wenn wir sowohl nach dem 4. wie nach dem 6. Schuljahr dann, wenn die Eltern der schulischen Empfehlung nicht folgen wollen, die Möglichkeit einer korrigierenden Prüfung einräumen.

Die Rücksichtnahme auf die Leistungsfähigkeit der Schüler muß Vorrang vor der Durchlässigkeit des Bildungssystems haben. Leitlinie der CDU ist: Soviel Gemeinsamkeit der schulartübergreifenden Lehrpläne ohne Unter- und Überforderung der Kinder wie möglich; soviel Eigenständigkeit der Lehrpläne, bezogen auf die Schularten, als nötig, damit die unverzichtbare Durchlässigkeit des Bildungssystems nicht gefährdet und die individuelle Förderung gewährleistet bleibt.

Die Hauptschule gewinnt mehr und mehr ihr eigenständiges Profil. Sie soll den Schüler verstärkt auf die allgemeinen Zusammenhänge und Anforderungen der Berufs- und Arbeitswelt vorbereiten. Das Fach Arbeitslehre soll die Berufsentscheidung des Schülers erleichtern.

Für die Entwicklung der emotionalen Kräfte der Schüler ist auf musisch-künstlerische und auf sportliche Betätigung besonderer Wert zu legen.

Die CDU setzt sich dafür ein, daß die Leitlinien und das Aktionsprogramm zur Weiterentwicklung der Hauptschule in Rheinland-Pfalz als mittelfristiger Aktionsplan schrittweise verwirklicht werden. Damit soll vor allem die Förderung sowohl schwacher als auch besonders fähiger Schüler gesichert, die Verbindung zum berufsbildenden Schulwesen gestärkt werden. Den Eltern der Hauptschulkinder gilt es deutlich zu machen, warum Schule und Bildung für den Lebensweg wichtig sind. Besonders geeignete Schüler haben die Möglichkeit, ein freiwilliges 10. Schuljahr an der Hauptschule zu besuchen, um den qualifizierten Sekundarabschluß I zu erreichen. Die Einführung eines 10. Pflichtschuljahres an der Hauptschule lehnen wir aus pädagogischen Gründen nachdrücklich ab.

Die Differenzierung nach Interessen- und Begabungsrichtungen kann durch die Realschule in unserem Land wirksam verwirklicht werden. Durch die Verstärkung der Lehrerplanstellen konnte der pädagogischen Intensität dieser Schulart entsprochen werden.

Die CDU tritt nachdrücklich für die Einheit des gymnasialen Bildungsweges ein und wendet sich gegen die Abtrennung

der Oberstufen. Die „Mainzer Studienstufe“ der Gymnasien in Rheinland-Pfalz wird auch künftig Schwerpunktbildung und breite Grundbildung verbinden. Schule, die auf angemessene Leistungsforderung verzichtet, schädigt die Schwachen, macht Leistungsbereitschaft unmöglich. Im Gymnasium ist aus diesen Gründen eine intellektuelle Leistungsforderung unverzichtbar.

Die Bemühungen der Landesregierung, auf der Basis des Aktionsprogramms für eine bessere berufliche Bildung das berufliche Bildungswesen auszubauen, werden fortgesetzt. Es bleibt vorrangiges Ziel unserer bildungs- und arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen, der jungen Generation Chancen für eine qualifizierte berufliche Ausbildung zu sichern. Unter Berücksichtigung der konjunkturellen Lage und der strukturellen Veränderungen in der Wirtschaft müssen beim weiteren Ausbau beruflicher Bildung Schwerpunkte gesetzt werden:

- Um für die geburtenstarken Jahrgänge der nächsten Jahre hinreichende Angebote zu sichern, sind vorhandene und zusätzlich zu schaffende Kapazitäten vor allem für die berufliche Erstausbildung einzusetzen.
- Berufsgrundbildungsjahr und Berufsgrundschuljahr sind weiter auszubauen.
- Maßnahmen zum Ausbau und zur Reform beruflicher Bildung werden gemeinsam mit allen an der beruflichen Bildung Beteiligten geplant und umgesetzt. Planung und Förderung schulischer und betrieblicher Angebote sind in noch stärkerem Maße auf regionale und örtliche Gegebenheiten abzustellen. Zu diesem Zweck ist die Zusammenarbeit aller an der beruflichen Bildung Beteiligten, insbesondere auf örtlicher Ebene, zu intensivieren.
- Für die Jugendlichen aus geburtenstarken Jahrgängen sind betriebliche und schulische Ausbildungsplätze über den momentanen Bedarf des Beschäftigungssystems hinaus zu schaffen. Dabei sollen vor allem Schlüsselqualifikationen vermittelt werden, die die Ausübung verschiedener beruflicher Tätigkeiten ermöglichen. Mit einer Ausbildung über den gegenwärtigen Bedarf hinaus wird gleichzeitig verhindert, daß ab Mitte der 80er Jahre ein Mangel an qualifizierten Fachkräften eintritt.

Die schulische Förderung der behinderten Kinder und Jugendlichen entsprechend ihren Lernmöglichkeiten und

ihrer Erziehungsbedürftigkeit muß in enger Verbindung mit ärztlichen, psychologischen und sozialen Betreuungsmaßnahmen erfolgen.

Die Sonderschule ermöglicht besondere Förderung und trägt dazu bei, die Schüler sozial und beruflich besser zu integrieren. Die Verbindung zwischen Sonderschulen und anderen Schulen, zwischen Schülern und Eltern soll verstärkt werden. Die Mehrfachbehinderungen, die zunehmend eintreten, stellen neue, anspruchsvolle Aufgaben. Die berufliche Integration Behindter verlangt besondere Anstrengungen.

Die Hochschulpolitik muß zwei Gesichtspunkte berücksichtigen:

- Wer die Dauer von Erststudien sinnvoll begrenzen will, muß die Studienreform vorantreiben und ein qualifiziertes Konzept von Weiterbildung entwickeln. In unserem Land ist beides gesichert.
- Neu gegründete Hochschulen müssen ein Profil erhalten, das ihre Anziehungskraft auch dann sichert, wenn die kleinen Jahrgänge die Hochschule erreichen.

Angesichts der Tatsache, daß in den nächsten Jahren weit mehr Akademiker ihre Ausbildung an deutschen Hochschulen beenden als herkömmlich in entsprechenden Berufen nachgefragt werden, bekommt Studienreform eine besondere Bedeutung. Sie darf keineswegs Fallbeispiel für die Studiendauer von Studenten werden; sie muß auch als Mittel gesehen werden, das die breitere Verwendbarkeit von Hochschulabsolventen sichert. Unsere Hochschulpolitik sichert die Qualität der wissenschaftlichen Arbeit, stärkt personale Verantwortung, bestätigt verfaßte Studentenschaften als Mittel verantwortlicher Mitwirkung und orientiert sich am Ziel der Funktionsfähigkeit der Universitäten.

Wer auf freiheitliche Wissenschaft verzichtet, sieht heute von der Wettbewerbsfähigkeit, aber auf Dauer von geistigen und menschlichen Qualitäten eines Volkes ab. Unsere Hochschulgesetze haben hier eindeutig Position bezogen.

Wir wissen, daß Bildung allein die Demokratie nicht sichert, aber wir wissen auch, daß Demokratie ohne Kenntnisvermittlung, ohne informierte Bürger keinen Bestand hat. Demokratie lebt vom engagierten Einsatz der Bürger. In unserem Land verstehen wir Bildungspolitik auch als einen Beitrag zur Stärkung der Demokratie.

Ja zu Rheinland-Pfalz

Ja zu wertorientierter Politik

Weiter mit Leistung

Mit diesem Programm für Rheinland-Pfalz weist die CDU den Weg in die Zukunft unseres Landes. Die Union berücksichtigt die Entwicklung, beachtet die Eigenart und nutzt die Chancen dieses Landes. Die CDU ist eine Volkspartei, die sich an alle Menschen in allen Schichten und Gruppen unseres Volkes wendet. Ihr Programm gründet auf dem christlichen Verständnis vom Menschen und seiner Verantwortung vor Gott. Die Grundwerte Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit sind Begründung, Maßstab, Ziel und Begrenzung des politischen Handelns. In einer Zeit besonderer Belastungen von Staat und Gesellschaft geben sie unserem politischen Handeln Sinn und Ziel; dem Bürger aber sollen sie Anlaß zu Vertrauen und Engagement sein.